INFORMATIONEN FÜR ALLE MITGLIEDER DER TU-BERLIN

AStAInfo⁹

ASA 77

ALLGEMEINER STUDIERENDENAUSSCHUSS AN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN NUMMER 19 OKTOBER 2010

BILDUNGSPROTEST GESCHEITERT?

Macicles in the line

BERLHC REFORMIERT?

ZOLLNER PREISMODELL

S-BAHN Entschädigt?

PROJEKT

ZEMS GEBÜHREN SARRAZAIN Intelligenzegen

QUASSELSTRIPPE NORBERT BOLZ

> GESUNDHEITS MARKT?

> > FRAUEN
> > IN GREMIEN
> > NEWS

ASTA&STUPA

Was ist der AStA

usammen mit deiner Immatrikulation bist du auch Mitglied in der Verfassten Studierendenschaft geworden. Du bekommst diese Mitgliedschaft, die ■im Berliner Hochschulgetz (BerlHG) verankert ist, z.B. dadurch zu spüren, dass du von nun an bis zum Ende deines Studiums nicht nur 30,68 Euro pro Semester an das Studentenwerk abdrücken musst (das Studentenwerk ist für die Mensen, Wohnheime, Cafeterien, Kindertagesstätten etc. zuständig), sowie 51,13 Euro TU-Verwaltungsgebühren, die eigentlich Studiengebühren sind aber nicht so heißen und 147 Euro für das Semesterticket, sondern auch noch 8,70 Euro an die Verfasste Studierendenschaft, konkret den AStA (zur Zusammensetzung des Beitrags: asta. tu-berlin.de/beitrag)

Der AStA ist die politische Interessenvertretung der Studierenden. Seit der kleinen Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG) nimmt der AStA auch ein allgemeinpolitisches Mandat wahr. Besonders wichtige Aspekte sind dabei: Die Mitwirkung bei der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Selbsthilfe der Studierenden. Die Förderung der politischen Bildung der Studierenden im Bewusstsein der Verantwortung für die Gesellschaft. Die Unterstützung kultureller und sportlicher Interessen der Studierenden. Die Pflege der Verbindung mit Studierendenorganisationen und Studierendenschaften anderer Hochschulen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind die 8,70 Euro

pro Studierenden und Semester gedacht. Der AStA wird vom Studierendenparlament (StuPa) gewählt. Das StuPa wird seinerseits von den Studierenden gewählt. An der TU werden jeweils gegen Ende des Sommersemesters StuPa-Wahlen durchgeführt, an denen alle Studierenden aktiv und passiv teilnehmen können. Die wichtigsten Aufgaben des StuPa sind, den AStA zu wählen sowie den Haushalt (also die Summe dessen, was durch die vielen Semesterbeiträge zusammen kommt) zu beraten und zu beschließen. Daneben gibt das StuPa aber auch z.B. Verhandlungsaufträge an das Semtix-Team für deren Verhandlungen mit dem VBB heraus oder beschließt über

Der AStA wird von den verschiedenen Fachbereichs-Urabstimmungen. Initiativen sowie von anderen Studi-Gruppen wie z.B. der "Linken Liste" oder den "Langzeitstudis" unterstützt.

Der AStA besteht derzeit aus 12 Referaten: Bildungspolitik, Finanzen, Hochschulpolitik, Initiativen-Koordination, Kultur- und Gesellschaftskritik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit , Sozialpolitik, Umwelt und Wissenschafts- und Technikkritik. Sowie den drei autonomen Referaten AusländerInnen, Frauen, Lesben/ Schwule/ Bi- und Transsexuelle (kurz "Queer")

Ein autonomes Referat bedeutet in erster Linie, dass der/ die ReferentIn von der jeweiligen Vollversammlung (z.B. AusländerInnen-VV) gewählt wird, und nicht vom StuPa direkt, wie die anderen AStA-ReferentInnen. Das StuPa muss diese Wahl dann nur noch bestätigen.

Der AStA besteht jedoch nicht nur aus den gewählten Referentlnnen, sondern auch aus einer Vielzahl anderer Menschen, die im AStA arbeiten. Einige werden für diese Arbeit bezahlt (Bürodienst, FinanzsachbearbeiterInnen und die Menschen in den Beratungen). Wenn du mehr wissen willst, komm einfach in den AStA-Räumen im EB-Gebäude (Keller EB012-020) vorbei.

www.twitter.com/astatu | www.flickr.com/astatu www.youtube.com/astatuberlin

asta.tu-berlin.de

Coverbild: Angela Davis, US-amerikanische Bürgerrechtlerin, Philosophin, Humanwissenschaftlerin und Schriftstellerin, die in den 1970er-Jahren zur Symbolfigur der Bewegung gegen Rassismus, Sexismus und Klassismus wurde. Das Bild zeigt sie 1972, als sie wegen "Unterstützung des Terrorismus" angeklagt war und nach einer weltweiten Solidaritätskampagne freigesprochen wurde. Sie steht symbolhaft für die Themen dieses AStA-Info.

Solange der Vorrat reicht für alle TU-Studis:

AStA-Tasche zum WiSe2010/11

"Nichts schützt besser vor Armut als ein Hochschulabschluss.."

wirsind vicht deprimiert-

s heißt die Weichen für deinen weiteren Lebens- oder vielmehr Leidensweg werden mit dem Beginn deines Studiums gestellt. ■ Es heißt, dass sich Leistung ab jetzt für dich lohnen würde, du aber auf dich allein gestellt seist, du schauen müsstest wie du am besten durchkommst, wie du die anderen für dich einspannen kannst, wie du dir einen Vorteil verschaffst, wie du uns, deine Uni, deine Stadt, dein Land stolz machst. Really?

Dass du dich bewähren müsstest, wenn du nicht so enden willst wie Krise, Hartz, FlaschensammlerInnen, Quartalsmanager, deine Kumpels auf dem Bau, Opa, Knast, Psychiatrie. Und du fragst dich: Sind die bisher von dir errungenen Etappensiege, wie die Vorschule, der Schulabschluss, die Ausbildung, die unzählbaren Wettbewerbe, die du für dich entscheiden konntest - nichts mehr wert? Antwort: Die Prüfungen, das Lernen, das Einstecken, das Fighten um den besseren Platz, das Marschieren und freudlose Dasein hören niemals auf. Gewöhn dich daran. Wer nicht die Leistung erbringt, die gerade gefordert ist - wer sich schwer verwerten lässt, der muss den Abstieg, die Desintegration und Ignoranz der Gesellschaft hinnehmen. Rosige Aussichten also - Alternativlos zum Ehrgeiz angespornt*. "Have Fun!" - schreit dir das Heilsversprechen des Kapitalismus als unmissverständlichen Befehl der AntreiberInnen (manchmal auch deine innere Stimme, die sich hat überzeugen lassen) entgegen. Eine "Leistungsgesellschaft" leistet sich genau das. Sie leistet sich den Überdruss, die Müdigkeit und Rückgezogenheit ihrer Mitglieder.

Die Frage lautet also nicht, wie du es dennoch schaffst besser zu sein als andere, sondern wie wir gemeinsam im Hier und Jetzt Alternativen schaffen die auf Solidarität und Gleichheit statt auf Konkurrenz und Eliten bauen. Sich den Anrufungen der Verwertung zu widersetzen, jedwede aufgezwungene Leistungsanforderung bewusst von sich zu sich weisen, ist sicher schwerer als den gewohnten Weg zu gehen. Deshalb: Organisiert widerstehen statt individu-

*Anspornen: Jemandem die Sporen geben, Antreiben, zu Höchstleistung bringen indem zackige Ringe dir in die Seite gerammt werden, dass du vor Schmerzen die Muskeln bewegst, während der Rest auf dir sitzend voller Glück jauchzt.

NEUER ASTA KALENDER!

Erhältlich im AStA (Erweiterungsbau EB012-020)







Ist der Bildungsstreik 2010 gescheitert?

napp 7000 StudentInnen und SchülerInnen demonstrierten zu Beginn des bundesweiten Bildungsstreiks am 7. Juni 2010 in Berlin. Insgesamt kamen zwar weniger als in den Vorjahren, dafür hat sich der Protest jetzt schon im dritten Jahr gut organisiert und etabliert. Auch in anderen Städten der Republik wurde demonstriert. So gingen in Münster 5000 Menschen auf die Straße, in Göttingen rund 2500 und in Köln etwa 2000.

Im Vergleich beteiligte sich nur ein Viertel jener die noch letzten Winter dabei waren. Allein bei der großen Berliner Demonstration sank die TeilnehmerInnenzahl von 27.000 auf 7.000. Es gab diesmal auch keine großartigen Vorfeldaktionen, Audimax-Besetzungen und Organisierungsprozesse die eine gewisse Dauerhaftigkeit entfalten

In der Presse heißt es deshalb im Fazit, dass der Protest "gescheitert" sei. Um dieses Scheitern zu erklären, stellt beispielsweise die ZEIT fest: "die Leitfiguren des Bildungsstreiks [haben] es versäumt [...], den Aktionen eine starke programmatische Grundlage zu geben." SchülerInnen und Studierende haben der Regierung also kein ausgearbeitetes Konzept für eine umfassende Bildungsreform vorgelegt. Angesichts der Tatsache, dass die

Regierung sowieso keinen zusätzlichen Cent auszugeben bereit ist, sondern eher kürzt und weitere Bedingungen stellt, wäre ein solcher Versuch auch absurd. Die Erfahrungen von polizeilich geräumten Unis und schleppender bis Null-Veränderung an den Unis saßen den potentiell Protestierenden wohl noch in den Knochen.

"Es muss Korrekturen geben"

Viele Studierende hofften aber auch darauf, dass wir nur die PolitikerInnen auf die Probleme an den Unis aufmerksam machen müssten, damit sich etwas ändern würde. Doch die Argumente waren eigentlich schon Mitte 2009 ausgetauscht. Und tatsächlich gab es nach dem Streik 2009 viel "Dialog" und "Runde Tische" – vor allem zeigten PolitikerInnen jeder Couleur viel Verständnis ("es muss Korrekturen geben"). Auch inhaltlich wurde nicht nur an den Unis die Forderungen diskutiert (besonders hervorzuhoben ist das TAZ.Labor in Haus der Kulturen der Welt im April)

Doch bis heute hat sich neben kleinen (und kostenlosen!) Zugeständnissen wie der Abschaffung der Anwesenheitspflicht an verschiedenen Unis praktisch nichts verändert. Selbst die Versprechen der Regierung, mehr Geld für "Exzellenz" und Eliteförderung auszugeben, haben sich angesichts der Krise in Luft aufgelöst. Um diesem Stillstands-"Dialog", der weder die konkreten Probleme anpackt noch klare Absichtserklärungen festhällt, eine unmissverständlich Absage zu erteilen verließ das Bildungsstreikbündnis die Bologna-Konferenz von Bildungsministerin Annette Schavan im Mai in Berlin und machte kurzerhand einen studentischen Gegen-Kongress im HU-Audimax. Das hat einige Freunde des Dialogs erregt. Wir halten es da mit Berlins Wissenschaftssenator Zöllner: "Liebe Leute, der Diskurs muss auch mal ein Ende haben".

Was hat der Bildungsstreik eigentlich an der TU erreicht? Ja, es wird mehr darüber diskutiert, dass die Uni nicht wie ein Konzern geführt werden kann. Ja, der diskursive Raum für Workload, Leistungsdruck und Versagensängste ist offner geworden. Ja, der Bolognaprozess soll "nachgesteuert" und der Bachelor/Mas-

Fotos: 7. Juni 2010 Berlin: Plötzlich stürmten 200 Teilnehmer in eine Seitenstraße und blockierten ein paar Hundert Meter weiter eine Kreuzung. Die um Kontrolle bemühte Polizei hetzte hinterher. "Wir wollen noch außerhalb des normalen Demotrotts etwas Bewegung und Aufmerksamkeit erzeugen." heißt es. Für die Hälfe der Aktivisten ging es dann im run noch bis zum Axel-Springer Haus. Etwas überhitzt unterband die Polizei mit einem Kessel und Personalienfeststellung weitere spontane Überraschungen sportlicher Studierender.



ter wieder Diplom genannt werden. Doch an den konkreten Bedingungen, an der generellen Verknüpfung von Modularisierung und Regelstudienzeit, an den regiden Zulassungsbedingungen, an dem hierachischen Lernideal, an der Ignoranz gegenüber nicht-in-die-Lehrpläne-passende Le-

bensentwürfe (siehe Diskussion zum Teilzeitstudium, Quereinstieg und Zweit- bzw. Drittstudium) und an der ökonomisch Ausrichtung der Wissenschaft und Lehre ändert sich nichts.

"Vom Bildungsstreik zum Generalstreik"

Der CDU nahe RCDS gibt dafür den Streikenden die Schuld: "Kritik an der Bildungspolitik [dient] nur als Vehikel für Proteste an der Gesellschaftsordnung". Für den Vorsitzenden des RCDS an der HU ist klar, das Streikbündnis begnüge sich mit einer "bequemen Fundamentalkritik". Wir begrüßen genau diese Fundamentalkritik, denn der Protest für ein besseres Bildungssystem wäre eine Farce wenn er zum Protest der Privilegierten um das größte Stück vom Kuchen verkommt. Die grundsätzlichen Fragen sind nicht ob das Diplom wieder eingeführt wird, sondern wie sich die soziale Zusammensetzung an den Unis und in anderen relevanten Bereichen der Gesellschaft (z.B. Politik, Unternehmen, Verwaltung, Justiz, Kultur) wieder mehr mischt. Die Forderung, dass alle sozialen Schichten freien und kostenlosen Zugang zur Hochschulbildung erhalten sollen, ist selbstredend eine Forderung nach einer generellen Nivellierung sozialer Unterschiede, nach Ausgleich und Umverteilung. Diese Forderung machen sich der RCDS und die Bundesregierung natürlich nicht zu eigen. Dass mit SchülerInnen, Jugendclubs, Kitas, den Sonstigen Uni-Beschäftigten, Hilfskräften und vielen anderen bisher nicht-privelegierten im Bildungsstreik zusammengearbeitet wird, ist eine Errungenschaft die ein wenig nach dem schmeckt was wir soziale Bewegung nennen. Und die sollte auch künftig, nicht nur bei Bildungsprotesten, zusammenhalten.



Bologna-Nachsteuerung

ass auch nach 11 Jahren Bolognaprozess keines der hochgesteckten und durchaus positiven Ziele erreicht wurde, mussten nach den Bildungsprotesten im vergangenen November auch die Verantwortlichen erkennen. Relativ schnell rangen sie sich dazu durch, die Forderungen der Studierenden zu unterstützen, ihnen Gesprächsangebote zu unterbreiten, baldige Besserung zu versprechen und in den meisten öffentlichen Statements zu beteuern, dass alles doch eigentlich gar nicht so schlimm sei. Schließlich könne eine derartig gravierende Veränderung der Hochschullandschaft nicht ohne einige Probleme von statten gehen. Dass die Probleme überall und auch nicht klein sind, dass sie sich verschärfen und nicht bessern, dass die Proteste der Studierenden mit der Erkenntnis einhergingen, dass sich wirkliche Veränderungen der Hochschulen nur erwirken lassen, wenn sie mit gesamtgesellschaftlichem Umdenken einhergehen darüber wurde weniger berichtet.

Doch wie verhält es sich denn nun mit den Nachsteuerungsprozessen? Zurück zum Diplom? Die Rückkehr Humboldts oder der Einzug von Lobby und Co KG? Hier einige Beispiele:

Demokratisierung der Hochschulen

Die Forderung nach einer Universität mit paritätisch besetzten Gremien und der Möglichkeit, dass alle Statusgruppen an relevanten Entscheidungsprozessen beteiligt werden, ist nicht neu. Schließlich ist die Art der Umsetzung der Bolognareform mit allen Problemen von Gremien mit professoraler Mehrheit an den Universitäten koordiniert und gestaltet worden. So kann weiterhin die Statusgruppe, der 1% der Menschen an der Universität angehören Entscheidungen für alle treffen.

Hier ist eine Besserung in weiter Ferne. Zwar luden die Entscheidungstragenden im Nachgang der Bildungsproteste zu diversen Runden Tischen auf Uni-, Landes- und sogar Bundesebene ein und beteuerten stetig, dass die Meinung der Studierenden stets gehört und respektiert wird - Entscheidungskompetenzen möchte man aber nicht abtreten. Scharf formuliert könnte man sogar sagen, dass der Demokratisierungsprozess durch die vielen Gesprächsangebote, die Entscheidungskompetenz suggerieren - sie aber nicht bieten sogar noch behindert wird, da der Missstand weniger offensichtlich zur Schau gestellt werden kann.

So ist die TU momentan dabei den Studierenden zu versprechen, dass die Prüfungsbelastung sinken wird – schließlich habe die Kultusministerkonferenz bereits



im Februar vorgegeben, dass Module mit ausschließlich einer Prüfung abgeschlossen werden sollen. Gleichzeitig beschließt der akademische Senat jedoch bald eine Änderung der Allgemeinen Prüfungsordnung bei der nun mehrere Klausuren pro Modul pro Semester ermöglicht werden. Außerdem wird die Begrenzung von Umfang und Menge schriftlicher Tests aufgehoben. Diese Entscheidung ließ sich durch ein Statusgruppenveto der Studierendenvertreter leider nur um eine Sitzung verschieben. Damit sind die Mittel der Statusgruppe erschöpft.

Arbeits- und Prüfungsbelastung

Eine weitere Forderung der Proteste ist die Anpassung von Arbeits- und Prüfungsbelastung. Das inzwischen weitläufig als Workload bezeichnete Konstrukt führt in vielen Studiengängen bekanntermaßen zur Unstudierbarkeit eben jener in Regelstudienzeit. Außerdem trägt eine zu hohe strikte und andauernde Belastung weiterhin zur sozialen Selektion, Ausgrenzung anderer Benachteiligter oder schlicht Berufstätiger bei. Hier ist auch nach mehr als einem Jahrzehnt Bologna immer noch nicht begriffen worden, dass es sich bei der Umstellung auf das "European Credit Transfer System" (ECTS) nicht darum handelt, ein anderes Etikett zu benutzen, sondern einen Paradigmenwechsel zu vollziehen.

Während bei der Berechnung des Aufwandes nach Semesterwochenstunden (SWS) schlicht der Aufwand des Lehrenden berechnet wurde, ist das ECTS darauf angelegt die Arbeitsbelastung des Studierenden mit allen Faktoren (Präsenzzeit, Vor- und Nachbereitung, Selbststudium, Prüfungsvorbereitung) in Leistungspunkte umzurechnen. Zwar wurde im Sommersemester 2010 an der TU mit einer flächendeckenden Workloadevaluation begonnen – der sich im Workload niederschlagende Inhalt der Lehrveranstaltung wird je-

doch immer noch schlicht mit der Formel SWS*1,5=LP berechnet. Auch hier scheinen Verbesserungen nur in begrenztem Maße möglich. Beispielsweise ergab die Evaluation des BA Chemie teilweise eine Arbeitszeit von 100 Stunden pro Woche - bei einem Gespräch zur Verbesserung der Bedingungen konnten jedoch keine Lösungsansätze gefunden werden. Inhalte könnten nicht herausfallen und die für Praktika benötigten Labore sind angesichts knapper Kassen ständig ausgebucht. Flexiblere Stundenpläne unter herrschenden Vorzeichen sind nicht möglich. Die Einsicht dass ein Fachstudium in sechs Semestern nicht zu realisieren ist, haben bisher nur die Wenigsten gewonnen.

Bologna-Mensch im Kampf um den Master

Ein weiterer Aspekt, der in der "Reform der Reform" ins Auge gefasst werden soll, ist die mangelnde Breitenbildung von Studierenden, welche angesichts der auf das nötiaste reduzierten Studiengänge immer weiter aus dem Blickfeld rückt. Reflektierende selbstständig fachübergreifend denkende Menschen produziert die Universität nicht mehr, obwohl genau das zu ihren Gründungsaufgaben zählte. Auch zu diesem Thema wurde einsichtig zugeredet, dass schon alles besser wäre: mehr Wahlfreiheit, größere Mobilitätsfenster für Auslandsaufenthalte und sogar ein Studium generale in den ersten Semestern. Auch hier ist im Entwurf des neuen Berliner Hochschulgesetzes etwas geschehen - der Wahlbereich ist dort nämlich deutlich gekürzt worden und ein Studium generale taucht nicht auf. Vielleicht tröstet einige Studierende die Illusion, dass man jetzt ja nach dem Bachelor das Fach wechseln kann und dann doch noch etwas fächerübergreifendes lernt. Dies ist jedoch nur in den wenigsten Fällen möglich da fast flächendeckend vorausgesetzt wird, dass man zum Master auch den Bachelor in z.B.



Stadt- und Regionalplanung gemacht hat. In diesem Master wurden im letzten Jahr beispielsweise noch Architektur-Bachelor zugelassen – jetzt werden sie abgelehnt. Dies resultiert übrigens nicht primär aus Boshaftigkeit, sondern aus der Tatsache, dass sich 180 BewerberInnen um die 25 Studienplätze in dem Studiengang streiten (NC: 1,8). Auch in anderen Masterstudiengängen bekommen deutlich weniger als die Hälfte der AnwärterInnen einen Studienplatz. Der NC bei Bildungswissenschaft liegt an der TU zum Beispiel bei 1,5. Hier

wird den Menschen massiv der Zugang zu Bildung verwehrt und ein 3 oder 4 jähriges Bachelorstudium verliert oft den Sinn. Auch diese Probleme werden sich weiter verschlimmern, da viele Bachelorstudien noch nicht flächendeckend Absolventlnnen produziert haben.

Zusammenfassend kann man sich fragen, ob ein Prozess, der nun schon über ein Jahrzehnt nicht zum Erreichen der Ziele von Bologna, sondern zur Entwicklung des neoliberalen "Unternehmens Hochschule" genutzt wurde durch ein paar lose

Absichtserklärungen und mühsame Reförmchen à la 10 Euro mehr Bafög einen Vorzeichenwechsel erfahren wird. Fehlende Partizipationsmöglichkeiten an den Entwicklungen durch alle Beteiligten und die Tatsache, dass die Hochschulen selbst keine Bolognafans sind werden auch nicht zur Einführung eines emanzipatorischen Bildungssystems führen. Hier sind wohl offensichtlich die Studierenden in der Pflicht entgegenzusteuern – nicht an runden, eckigen oder was auch immer für Tischen. Sondern draußen – auf der Straße. E.M.

So nicht! Das neue Berliner Hochschulgesetz

achdem sie unzählige Male in den letzten Jahren angekündigt wurde, ist sie nun endlich da: die Novelle des Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG). Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung legte den ersten Entwurf im Juli vor und gibt an, im Oktober 2010 in die Debatte einsteigen zu wollen. Die Gesetzesänderung ist dringend nötig, aber nicht in der Form.

Durch das gesamte Änderungsgesetz zieht sich die ökonomische Verwertungslogik. Einige Neuerungen werden explizit mit ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit begründet. Die Hochschulen sollen somit immer weiter zu Dienstleistern für die Wirtschaft ausgebaut werden, der Bildungsauftrag geht so nach und nach verloren und wir Studierende werden nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit eingestuft und wer sich nicht schnell anpasst wird aussortiert.

Wir arbeiten momentan an einer ausführlichen Stellungnahme und einer Überarbeitung des Änderungsgesetzes um klar zu machen, dass eine Gesetzesänderung die sich gegen die Studierenden richtet mit uns nicht zu machen ist. In den folgen-

den Abschnitten findet ihr die Regelungen die wir am meisten kritisieren.

Zwangsberatungen, Zwangsanmeldungen zu Prüfungen, Zwangsexmatrikulationen?

Der bisherige Entwurf des Änderungsgesetzes sieht vor, dass Studierende die "Leistungen" nicht in einer vorgeschrieben Zeit erbringen zu Zwangsgesprächen herangezogen werden sollen. Bei diesen "Beratungen" können Studierende zwangsweise zu Prüfungen oder Studienleistungen angemeldet werden. Wer diese Auflagen "schuldhaft nicht erfüllt" soll dann wiederum exmatrikuliert werden können.

Diese Regelungen sind ein massiver Eingriff in die Freiheit des Studiums und in die Selbstbestimmung aller Studierender. Solche Regelungen dürfen auf keinen Fall Einzug ins BerlHG finden.

Noch weniger Wahlfreiheit?

Ein weiterer Eingriff in die Freiheit des Studiums stellt in unseren Augen die vorgesehene Streichung des festgeschriebenen Wahlbereichs. Bislang soll mindestens ein Drittel der Inhalte eines Studiengangs von Studierenden frei gewählt werden können. Diese Regelung will Bildungssenator Jürgen Zöllner streichen und somit eine weitere Verschulung des Studiums erzwingen.

Undemokratische Strukturen?

Die sogenannte "Erprobungsklausel" die seit 1997 im BerlHG stellt eröffnet die Möglichkeit die wenigstens ansatzweise demokratischen Gremien der Hochschulen außer Kraft zu setzen. Wir sagen: Die "Erprobung" ist fehlgeschlagen und die Klausel muss aus dem Gesetz verschwinden. Weiterhin ist es an der Zeit, dass wir Studierenden endlich gleiche Mitspracherechte in den Gremien der Hochschulen bekommen und dass die bisherigen Regelungen, dass die Hochschullehrer_innen in allen entscheidenden Gremien eine Stimme mehr als die Hälfte der Gesamtstimmen erhalten aufgehoben werden!

Das alles sind nur Beispiele dafür wie Bildungssenator Jürgen Zöllner und seine Senatsverwaltung versuchen wollen uns Studierende immer weiter zu entmündigen und den Interessen der Wirtschaft zu dienen. Wir werden hart dafür kämpfen, dass diese Versuche fehlschlagen! P.E.

Preismodell? Pusteblume!

atastrophale Lehrbedingungen, hohe Abbrecher_innenquote und marode Bausubstanz. Die Unis gammeln – und dass sie gammeln, dürfte allen auffallen, die einigermaßen regelmäßig zu Besuch sind. Dass die Aussicht auf Verbesserung nicht besteht, zeigt das neue Preismodell zur Hochschulfinanzierung, das der Berliner Senat im letzten Sommer beschloss. Über dieses Konzept soll der nachfolgende Text informieren.Trotz großer Nachfrage nach gut ausgebildeten Akademiker_innen sind die Hochschulen chronisch unterfinanziert.

An der TUB zeigt sich das deutlich durch die seit Jahren bestehende "Pauschale Minderausgabe" (PMA) in der Größenordnung von rund 10 Millionen Euro im letzten Jahr. Die PMA ist ein Mittel um vorkalkulierte Defizite so im Haushalt unterzubringen, dass dieser schlussendlich ausgeglichen wirkt. Gespart wird natürlich nicht an "exzellenter Forschung" und sonstigen Prestigeprojekten, sondern an der Qualität der Lehre.

Das bedeutet, dass auslaufende Stellen von Wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen (WiMis) und Tutor innen nicht neu besetzt

werden, Sprachkurse jetzt Geld kosten und flexible Stundenpläne der Vergangenheit angehören. Das Resultat sind hohe Abbruchquoten, verlängerte Studiendauer und ein sinkendes Niveau der Ausbildung im Allgemeinen.

Als wenn diese Engpässe nicht schon genug wären, führte Bildungssenator J. Emil Zöllner gegen den Widerstand der Hochschulen das Preismodell ein. Dieses leistungsbasierte Konzept gliedert die Finanzierung in drei Teile. Ein Drittel - vorher war es das Doppelte - bildet ein fester Sockelbetrag. Im zweiten Drittel "Lehre" wer-





den Studis im ersten Hochschulsemester, Studierende (ausschließlich) in der knappen Regelstudienzeit und Absolvent_innen jeweils zu einem Drittel gewichtet. Im letzten Drittel "Forschung" gibt es Geld für eingeworbene Drittmittel, Graduiertenschulen und Sonderforschungsbereiche. Berechnungsgrundlage ist der Haushalt von 2008.

Der Sockelbetrag reicht dabei gerade aus, um die ständig steigenden Pensionslasten zu tragen. Für die TU ergeben sich besonders weitreichende Konsequenzen aufgrund der fachlichen Schwerpunktsetzung. Ein Studium im Bereich Ingenieuroder Naturwissenschaften kostet nämlich deutlich mehr als ein geistes- oder wirtschaftswissenschaftliches Studium. Dies liegt zum Teil an den notwendigen Laboren und Werkstätten sowie an einem höheren Personalbedarf.

Die TU wird somit dazu gezwungen, billige Massenstudiengänge anzubieten, das Betreuungsverhältnis weiter zu senken und die Studis schnell und ohne Rücksicht

auf Härtefälle durch das Studium zu treiben. Ins Abseits rückt dabei die Breitenbildung, da diese mehr Zeit beansprucht, als in dem aufgezwungenen Schmalspurstudium geboten ist.

Auch der Bolognaprozesses wird im Preismodell weiterhin nicht bedacht. So werden den Universitäten keine Anreize geboten die Ziele von Bologna zu erreichen. Schon allein die Honorierung von Studierenden im ersten Hochschul- und nicht Fachsemester führt dazu, dass sich sowohl die lokale als auch internationale Mobilität von Studierenden in absehbarer Zeit eher noch verschlechtern wird.

Darüber hinaus müssen die Berliner Hochschulen bis 2012 insgesamt rund 6000 zusätzliche Studienplätze schaffen, obwohl es dafür keine nennenswerte zusätzliche Finanzierung gibt.

Die wenigen Gelder, die hierfür an die Hochschulen fließen, werden vollständig durch die Tariferhöhungen aufgefressen.

Das bedeutet, dass die TU mit den schon jetzt unzureichenden Mitteln rund

1200 neue Studienplätze schaffen soll.

Da auch die Uni-Präsidien erkannt haben, dass die Hochschulen mit dem Modell vor einer grauen Zukunft stehen, haben sie für das Frühjahr 2011 Neuverhandlungen angekündigt. Bis dahin werden die Hochschul-Haushalte mit den Kriterien des Preismodells evaluiert.

Dass die Präsidien allein nicht genug Druck gegenüber dem Senat aufbauen können, zeigen jedoch schon ihre Unterschriften unter dem aktuellen Hochschulvertrag.

Hier bist Du gefragt! Während sich die Proteste der Studierenden bisher in Grenzen hielten, muss im Wahljahr 2011 endlich etwas verändert werden! Rede mit Deinen Tutor_innen, Assistent_innen und Professor_innen über diese Zustände und komm zu den Vollversammlungen der Studierendenschaft, bei denen das weitere Vorgehen gemeinsam geplant wird.

Nur gemeinsam sind wir stark! Für ausfinanzierte Bildungseinrichtungen, die allen offen stehen!

S-Bahn Entschädigung

Rückblick des Fachausschusses Semesterticket und Verkehrskonzept

ach dem Chaos bei der S-Bahn im Sommer 2009 hatte diese in Folge des gemeinsamen Drucks der Berliner und Potsdamer ASten auch Studierende mit Semesterticket in die Regelungen für ihre Entschuldigungszahlungen an Stammkund_innen aufgenommen. Dazu stellte sie für alle, die am 1.12.2009 im Besitz eines Semestertickets waren, Verrechnungsschecks über 26,42 Euro (1/6 des Semesterticketbeitrags) zur Verfügung. Die Verschickung der Verrechnungsschecks im Juni 2010 an alle Studierende wurde vom AStA organisiert.

Aufgrund des in 2010 weiterhin eingeschränkten Betriebes gewährt die S-Bahn in den Monaten November und Dezember 2010 Freifahrten. So werden bspw. bei Monatskarten im Abo die Raten für die beiden Monate nicht eingezogen. Diesmal hatte die S-Bahn Studierende mit Semesterticket miteinbezogen und die Reduzierung des Semesterticketbeitrages um 2/6 für das Wintersemester 10/11 angeboten. Die S-Bahn stellte klar, dass diese Entschuldigung nur für Studierende mit Ticket im November/ Dezember 2010 gelte und auch nur aus "Kulanz" erlassen werde. Die direkt Betroffenen (z.B. nur im SoSe 2010 Imatrikulierte) gehen so z.T. leer aus. Unser Gegenvorschlag (1.Studis, die sich zurückmelden, zahlen 2/6 weniger, 2. Neuimmatrikulierte zahlen 1/6 weniger, 3.Exmatrikulierte bekommen 1/6 erstattet) wurde abgelehnt. Auch stellten wir nach Rücksprache mit der TU-Verwaltung fest, dass aufgrund von Urlaubssemestern, Befreiungen etc. und v.a. wegen der Kürze der Zeit, ein nicht handlebarer (Daten-)Aufwand entstanden wäre. Da die S-Bahn unter keinen Umständen bereit war von den Freifahrmonaten abzurücken, haben wir uns für die Reduzierung der Rückmeldegebühren um 2/6 des Semesterticketbeitrags im WiSe 2010/11 entschieden.

Als Verkehrsausschuss finden wir das sture und teils arrogante Verhalten der S-Bahn nicht hinnehmbar, erkennen allerdings auch keine Handhabe um dagegen rechtlich vorzugehen. Häufig wurden an den AStA und das SemTixBüro Beschwerden von Studierenden herangetragen, dass sie im Nov/Dez kein Semesterticket (mehr) besitzen, aber trotzdem Anspruch auf die "Ent-

schädigung" hätten, da sie das Chaos ja erlebt haben. Und Studierende, die sich im WiSe10/11 neueinschreiben hätten davon nichts mitbekommen und damit auch gar kein Recht auf diese Ermäßigung.

Den Unmut und die Argumentation der Studierenden können wir verstehen, müssen aber gleichzeitig auch feststellen, dass in diesem Fall niemand ein Recht auf Entschädigungen hat. Aus unserer Sicht hat die S-Bahn nicht gegen den VBB-Semesterticketvertrag verstoßen, sodass man sie verklagen könnte. Mit den anderen ASten haben wir auch über das Thema Sammelklagen o.ä. gesprochen, konnten aber auch bei diesem Dialog keinen Angriffspunkt für eine Klage finden.

Es ist festzuhalten, dass Fahrgäste ohnehin kaum Rechte haben. Es gibt zwar seit 2009 mit dem Fahrgastrechtegesetz (Umsetzung einer EU-Verordnung zum Verbraucherschutz) die Möglichkeit beim Verkehrsunternehmen einen Erstattungsantrag zu stellen. Allerdings muss dazu jeder und jede Einzelne seine/ihre Verspätungen (ab 20min!)/Ausfälle oder dadurch entstandene Mehrkosten dokumentieren und nachweisen. Das ist ziemlich aufwändig, zumal pro Verspätung nur ein Bruchteil des Ticketpreises angerechnet wird und eine Erstattung erst ab 5 Euro erfolgt. Der Berliner Senat, als Besteller des Öffentlichen Nahverkehrs, hat in seinem Verkehrsvertrag mit den Unternehmen bei Minderleistung den Einbehalt von Zahlungen um bis zu 5 % vereinbart, wovon er auch Gebrauch macht. Das einbehaltene Geld soll v.a. für den barrierefreien Ausbau des ÖPNV eingesetzt werden. Ob dieser Absichtserklärung haben wir den Senat bereits aufgefordert den längst überfälligen barrierefreien Umbau des U-Bhf. Ernst-Reuter-Platz vorzunehmen. Auch sind wir mit anderen Bereichen der TU in regelmäßigem Kontakt, um dies voranzutreiben. Verkehrsausschuss des Studierendenparlament der TU

Probleme mit der Entschädigung? Informiert euch unter asta.tu-berlin.de/beratung_service/semtix-buro



Was an allen Hochschulen wirklich fehlt

Projektwerkstätten für alle!

Außer an der TU-Berlin, dort gibt es sie schon seit 1985

ier geht es um den Start eines Aktionsbündnisses für das Bekanntmachen, den Erhalt und den Ausbau von Projektwerkstätten (PW) an der Technischen Universität Berlin.

Das Studium könnte so schön sein:

- * von Studis selbst organisierte Lehrveranstaltungen
- * selbst bestimmtes Lernen
- * innovative studentische Projekte mit hohem Praxisbezug
- gesellschaftsrelevante Lösungen von Studis erarbeitet
- * soziale und ökologische Themen im Studium
- interdisziplinäre Vernetzung und Blick über den Tellerrand
- * Kooperationen mit lokalen und regionalen Unternehmen
- * Praxiserfahrung sammeln und Softskills aneignen

Kurz: Ein komplettes Projekt im Studium durchführen, das nicht nur Sinn, sondern auch viel Spaß macht!

Jetzt sagst Du Dir sicher: "Das wäre ja toll wenn es sowas an der Uni gäbe, das müsste man sich aber erst mal erstreiken?!"

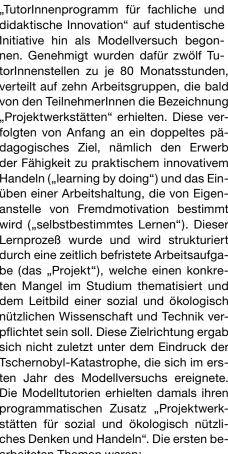
Ja aber das gibts schon seit den 80er Jahren, erkämpft und durchgesetzt von Studis. Jetzt geht es darum die PWs an der TU wieder bekannt zu machen, zu erhalten und weiter auszubauen. Die PWs an der TU sind bundesweit eine einmalige Sache, von der sich ALLE Hochschulen eine dicke Scheibe abschneiden sollten!

(Auszug aus der Broschüre "TU-Berlin Projektwerkstätten 1997-2002")

Im Jahre 1985 wurde an der TUB ein "TutorInnenprogramm für fachliche und didaktische Innovation" auf studentische Initiative hin als Modellversuch begonnen. Genehmigt wurden dafür zwölf TutorInnenstellen zu je 80 Monatsstunden, verteilt auf zehn Arbeitsgruppen, die bald von den TeilnehmerInnen die Bezeichnung "Projektwerkstätten" erhielten. Diese verfolgten von Anfang an ein doppeltes pädagogisches Ziel, nämlich den Erwerb der Fähigkeit zu praktischem innovativem Handeln ("learning by doing") und das Einüben einer Arbeitshaltung, die von Eigenanstelle von Fremdmotivation bestimmt wird ("selbstbestimmtes Lernen"). Dieser Lernprozeß wurde und wird strukturiert durch eine zeitlich befristete Arbeitsaufgabe (das "Projekt"), welche einen konkreten Mangel im Studium thematisiert und dem Leitbild einer sozial und ökologisch nützlichen Wissenschaft und Technik verpflichtet sein soll. Diese Zielrichtung ergab sich nicht zuletzt unter dem Eindruck der Tschernobyl-Katastrophe, die sich im ersten Jahr des Modellversuchs ereignete. Die Modelltutorien erhielten damals ihren programmatischen Zusatz "Projektwerkstätten für sozial und ökologisch nützliches Denken und Handeln". Die ersten bearbeiteten Themen waren:

- Philosophische Aspekte der Physik
- Ökologisches Bauen (Fachbereich Archi-
- Strömungslehre im Experiment (Ingenieurwissenschaften)

Zur Geschichte der Projektwerkstätten





Projektwerkstatt Liegerad Kurvenleger

- Flügelbau für eine Windkraftanlage
- Sozial-Ökologisches Seminar "Ringelnatter" im Fachbereich Landschaftsplanung
- Projektwerkstatt Elektrotechnik
- Frauenspezifische Probleme im Ingenieurstudium und Beruf
- Projektwerkstatt Informatik
- Seminar ganzheitlicher Umweltschutz
- Energieseminar

Hierbei wurden mitunter Erfahrungen gemacht und ungewöhnliche Ergebnisse erzielt: Die ArchitektInnen entdeckten die Lehmbauweise neu und bauten für den Kinderbauernhof am Mauerplatz ein Lehm-Gemeinschaftshaus. Die Projektwerkstatt Flügelbau untersuchte, baute und testete verschiedene Alternativen von Flügeln für Windkraftanlagen. Der Projektwerkstatt Elektrotechnik gelang es, neben anderen Neuentwicklungen im Bereich Energieversorgung, eine Demonstrationsanlage eines Solarladereglers auf der Hannover-Messe 1988 zu präsentieren.

Zahlreiche Objekte fertigte das Energieseminar an: Drei solare Brauchwassererwärmungsanlagen in Spandau und Neukölln, eine Abwasserkläranlage (Wurzelraumentsorgung) bei Lüchow-Dannenberg, einen windgetriebenen Batterielader und einen Holzrotor für eine Jugendbegegnungsstätte in Nordnorwegen, einen Solarkocher für die Hannover-Messe, eine Solardusche für das Ökowerk am Teufelssee und weitere praktische und ökologisch nützliche Apparaturen. Auch die Ingenieurstudentinnen gingen neue Wege mit ihrer Untersuchung feministischer Technik- und Naturwissenschaftskritik und geschlechtsspezifischer Techniksozialisati-

1987/88 fanden diese "Innovationstutorien" einen derart erfolgreichen Abschluß, daß sie vom Akademischen Senat der TU-Berlin als Daueraufgabe eingerichtet wur-

den.

Mehr Infos und die PW-Broschüre als PDF gibt es auf www.gruene-Uni.org. Wenn du das PW-Aktionsbündnis unterstützen willst schreibe doch einfach eine eMail an: projektwerkstaetten@asta.tuberlin.de

Bauraum für LowTech

<< Low Tech? Also so wie high tech bloß umgekehrt? >> >> naja, so ungefähr...<<

ow Tech ist ein nicht genau definierter Begriff, der sich mit Technologien beschäftigt, welche angepasst und verfügbar sind, ohne dafür viel Geld oder Vorwissen aufbringen zu müssen. Klingt irgendwie gut und so? Auf jeden Fall. Allerdings ist es an der TU ganz schön schwer was darüber herauszufinden, geschweige denn dazu zu arbeiten, lernen, spinnen, entwickeln... Aber haltet ein!: dass ist nun Vergangenheitsmusik, denn im WiSe 2010/11 wird es ,LoTte' [= Bauraum für LowTech-Ideen], eine Projektwerkstatt geben. Endlich wird sich nicht nur theoretisch mit dem Begriff ,Low Tech' regional und global auseinandergesetzt, sondern herausgefunden, was andere Menschen überall auf der Welt darüber denken und erarbeitet haben. Und: vor allem auch selber zu Schrauber, Taschenmesser,... greifen. Der Theorie wird im 2. und 3. Semester die Praxis mit zwei verschiedenen Kooperationspartnern folgen.

Als Projektwerkstatt lebt LoTte von und mit und für Studierende. Wenn dich das Thema interessiert fragst du am besten direkt per email nach.

Bis denn, im Bauraum für LowTech-Ideen > bauraum-lotte@gmx.de



Blue Engineer(-ing)

ngenieure sind die Experten schlechthin für technische Fragestellungen und meist gelingt es ihnen eine einfach zu nutzende Technik als Lösung eines Problems zu präsentieren. Im Rahmen ihres Studiums und ihres Berufs beschäftigen sie sich jedoch fast ausschließlich mit der technischen Seite eines Problems. Die Idee die soziale und ökologische Verantwortung des Ingenieurs, und selbstverständlich auch der Ingenieurin, bereits im Studium zu verankern kam einer Referatsgruppe im Januar 2009. Ihr Referat kam so gut im Seminar Soziologie des Ingenieurberufs an, dass einige Teilnehmende und der Dozent begeistert ausgerufen haben: "Lasst und das an der TU umsetzen!" In

den folgenden Wochen wurde an der Idee weiter gefeilt, die Ziele festgelegt und ein Reihe von Gesprächen geführt. Tenor von allen war, dass so etwas fehlt, ja sogar dringend notwendig ist. Also wurde im Mai 2009 ein Konzept und Zeitplan ausgearbeitet, was die Gruppe in den kommenden Semestern alles erreichen möchte. Im Juli 2009 beantragte die Gruppe als Projektwerkstatt der TU anerkannt und gefördert zu werden. Seitdem ist sie kontinuierlich gewachsen und hat ihre Idee innerhalb und außerhalb der TU verbreitetet. Ihre 15 aktiven Mitglieder treffen sich im wöchentlichen Wechsel zu einem kleinen "Ringseminar" und einem Treffen um Blue Engineer(-ing) als solches weiterzuentwickeln.

Die Blue Engineer(-ing) Gruppe erhält viel Zuspruch und Ermutigung von außen, so wurde sie beispielsweise am 27. September 2010 durch den Rat für nachhaltige Entwicklung als beispielhafter Impuls - als "Werkstatt N" - ausgezeichnet. Alle die das Ringseminar besuchen möchten oder aktiv Blue Engineer(-ing) mitgestalten möchten sind gern gesehen. Jeder und jede die lieber ihre eigene Ideen umsetzen will: Macht es! Gerade durch das Konzept der Projektwerkstatt kann sich eine Gruppe mit einer guten Idee die Zeit nehmen diese umzusetzen. Das muss nichts großes sein, sondern etwas, das für das Studium interessant ist und es so noch nicht gibt - zumindest nicht an der TU.

(K)ein offener studentischer Arbeitsraum im Franklin-Gebäude?

an kann an dieser Uni studieren, ohne jemals vom FR-Gebäude gehört, geschweige denn dieses je betreten zu haben. Doch für einige Studierende findet fast der gesamte Studienalltag in diesem braunen 70er-Jahre-Klotz statt. Und es sind nicht wenige Studiengänge, die sich hier versammeln: Soziologie, Informatik, Human Factors, technische Informatik, technischer Umweltschutz, Politikwissenschaften. Sozialkunde. Kultur und Technik, Geschichte, Gender Studies, um nur einige zu nennen. Eigentlich eine bunte Mischung, mit der sich Interdisziplinarität prima ermöglichen ließe. Doch wo?

Diese Frage stellte sich auch eine Gruppe von Studierenden, die sich im Umfeld des i-café gebildet hat. Das i-café ist bisher der Ort, an dem sich die verschiedenen Studienrichtungen des FR-Gebäudes vorzugsweise treffen, jedoch meist nur kurz zwischen Kaffee und dem nächs-

ten Seminar, zumal die hohe Frequentierung kaum Raum für wirkliche Arbeitsatmosphäre lässt. Es ist ja auch ein Café, in dem man sich kurz mal entspannen und seinen Kaffee trinken kann. Diese Gruppe von Studierenden wollte nun aber mehr, als kurze zufällige Gespräche, sie wollte das im FR-Gebäude vorhanden interdisziplinäre Potential bündeln und durch die Schaffung eines eigenen Arbeitsraums institutionalisieren. Und dafür kam nur ein Raum in Frage: FR 0003, der durch seine Nähe zum i-café und infrastrukturellen Einrichtungen, wie Kopierer und Telefon, im Foyer der perfekte Ort ist.

Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, gründete die Gruppe eine studentische Vereinigung mit dem Namen Freundinnen und Freunde der komparativen, rekursivvernetzten, interdisziplinären Autodidaktik im FR-Gebäude und beantragte ganz offiziell, den Raum FR 0003 als studentischen Lern- und Arbeitsraum zu nutzen, damit dieser dann in Eigenregie verwaltet werden kann, und die Studierenden dazu angeregt werden, sich auch mit anderen Dingen als dem eigenen Fach zu beschäftigen. So ist nicht nur geplant, eine

Präsenzbibliothek von allen im FR-Gebäude angesiedelten Fachrichtungen einzurichten und den Studierenden die Möglichkeit zu geben, sich bspw. in Freistunden mit Texten des eigenen oder eines anderen Fachs zu beschäftigen.1 Es ist auch geplant, diesen Raum als Plenumsraum für im FR-Gebäude angesiedelte Inis zu nutzen und nicht zuletzt durch regelmäßige Diskussionabende mit Studieren-

den unterschiedlichster Fachrichtungen die Interdisziplinärität des FR-Gebäudes zu fördern. Letztendlich soll ein offener Arbeitsraum entstehen, der allen Studierenden zur Verfügung stehen soll.

Mit diesem Anliegen sind wir auch zu Präsident Steinbach gegangen, der unser Vorhaben gut und unterstützenswert fand und die Universitätsverwaltung damit beauftragte, zu prüfen, ob FR 0003 für unsere Initiative freigestellt werden kann. Nach über zweimonatiger Wartezeit bekamen wir - erst auf Nachfrage - die zu erwartende negative Antwort, mit der Begründung, dass FR 0003 durchgängig mit Veranstaltungen belegt sei und deshalb nicht umgenutzt werden könne. Damit wollten wir uns jedoch nicht abfinden und haben selbst - mit einem eigens dafür geschriebenen Programm - die Raumsituation im FR-Gebäude geprüft und festgestellt, dass sich für alle Veranstaltungen, die in FR 0003 stattfinden, geeignete Ersatzräume im FR-Gebäude finden lassen. Wir werden unser Schicksal nun also selbst in die Hand nehmen und alle Dozierenden, welche Veranstaltungen in FR 0003 durchführen, anschreiben und sie darum bitten, auf einen von uns herausgesuchten Ersatzraum auszuweichen. Wir hoffen auf Verständnis und Unterstützung für unser Vorhaben, so dass den Studierenden endlich ein offener selbstverwalteter Arbeitsraum zur Verfügung gestellt werden kann, in dem sie sich auch jenseits ihres - durch BA/MA immer mehr - vorgegebenen Stundenplans mit Themen beschäftigen können, mit denen sie sonst nicht in Berührung kämen.

Freundinnen und Freunde der komparativen, rekursiv-vernetzten, interdisziplinären Autodidaktik im FR-Gebäude. Kontakt: free0003@riseup.net oder im i-café nachfragen

1 Seit dem Auszug der erziehungswissenschftlichen Bibliothek im 7. Stock, gibt es im FR.Gebäude keinen Raum mehr, in dem man in Ruhe lesen kann.

Kritische LehrerInnen: Kein Handbuch

Die kritischen LehrerInnen Berlin haben endlich ihr 140 Seiten starkes Buch veröffentlicht. Im AStA erhältlich und als download: asta.tuberlin.de/krile-keinhandbuch.pdf

Auch über kritischelehrerinnen@web.de ...und im Buchhandel für 4 Euro: ISBN: 978-3-86747-042-1



Raus aus der Uni und rein in die Stadt!

Veranstaltungen neben dem Lehrplan – AStA macht's möglich

m Sommersemester haben wir, die Linke Liste, eine Veranstaltungsreihe durchgeführt. Unter dem Motto "Wir müssen hier raus!

- Nicht nur studieren, sondern auch mal was lernen!" haben wir uns interessante Orte an unserer Uni, in unserer Stadt und ein bisschen drum herum angeguckt. Wir waren in den Gedenkstätten "KZ Sachsenhausen" und "Köpenicker Blutwoche", haben das "Kreuzberg-Museum" besucht, eine antirassistische Fahrradtour gemacht und einen "Kritischen Uni-Rundgang" ausgearbeitet. Über drei von diesen Veranstaltungen wollen wir hier berichten.

Kritischer Uni-Rundgang

Die lustig bunten Image-Broschüren der TU Berlin erzählen nicht die ganze Wahrheit. Seit Jahren thematisieren engagierte Student_innen die Missstände an unserer Universität. Die Informationen darüber aktuell und verfügbar zu halten haben wir uns mit unserem Uni-Rundgang zur Aufgabe gemacht.

Bundesdeutsche Bildungspolitik folgt ja nicht gerade dem Leitbild von der Emanzipation des Individuums. Vielmehr sind Wirtschaftsinteressen, normierte Lebensläufe und Elitenbildung maßgebend. Auch die TU ist nicht gerade ein Hort des freien Wissens, im Uni-Rundgang wird das deutlich. Drittmittelgeber wie Volkswagen, Telekom oder andere Firmen nehmen zum Beispiel über die gezielte Mittelvergabe Einfluss auf die Weiterentwicklung unserer Universität. Der Rückbau der geistes-

wissenschaftlichen Lehre und Forschung hängt damit zusammen. Ausgebaut wird nur noch, was verspricht, den "Standort Deutschland" voran zu bringen.

Gegen diese Politik gibt es natürlich Widerstand. Im Sommer 2009 wurde die VillaBEL besetzt. Sie war Sitz des AStA bevor dieser in den Keller des EB-Gebäudes verbannt wurde. Die Forderung nach einem offenen studentischen Raum konnte damit teilweise durchgesetzt werden, denn als Ersatzräume wurde den Besetzerinnen das Dachgeschoss des Z-Gebäudes angeboten. Dort gibt es die "Zwille" und diese ist "offen für alle die offen sind". Es gibt einen Reader mit Texten zu allen Orten, die wir besucht haben. Ihr findet ihn im Internet unter Wenn ihr ihn gedruckt haben möchtet, nehmt mit uns Kontakt auf oder kommt zum nächsten Uni-Rundgang (näheres unter "Termine").

Gedenkstätte KZ Sachsenhausen

Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, waren wir in Sachsenhausen. Unter dem Aspekt "Widerstand und Selbstbehauptung" haben wir uns das ehemalige Konzentrationslager angesehen. Besonders erschüttert hat uns die räumliche Nähe zu den Wohngebäuden rings umher. Unvorstellbar wird uns immer bleiben, wie Lagerpersonal und Durchschnittsbevölkerung ihren Alltag im Angesicht der faschistischen Verbrechen leben konnten.

Zurück in Berlin sprachen wir später am selben Tag mit dem Zeitzeugen Adam König, der selbst zwei Jahre in Sachsenhausen inhaftiert war. Diese Begegnung war für uns sehr bewegend und die Bereitschaft von Herrn König, mit uns über seine

Biographie zu sprechen hat uns tief beeindruckt. Wir sind davon überzeugt, dass ein "Wehret den Anfängen!" heute brandaktuell ist. Zumal die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten", also der Zusammenschluss derer, die im Nationalsozialismus Widerstand geleistet haben und gerade noch mit dem Leben davon gekommen sind, heute wieder und immer noch den Herrschenden ein Dorn im Auge, und Ziel politischer Verfolgung ausgesetzt ist.

Antirassistische Fahrradtour

Ausgehend vom S-Bahnhof Spindlersfeld haben wir Orte in Berlin besucht, die die rassistische Politik der BRD besonders symbolisieren. Nachdem wir mit Fahrrädern vom Abschiebeknast bis zur Ausländerbehörde gefahren sind, konnten wir unsere Wut über dieses System kaum noch bändigen.

Nachdem in der vorangegangenen Woche in der "Zwille" das Konzept "antirassistisch einkaufen" vorgestellt wurde, riefen wir auch dazu auf, daran gemeinsam teilzunehmen. Praktische Solidarität mit Flüchtlingen in Deutschland ist uns besonders wichtig. Deshalb fordern wir alle Studierenden und studentische Strukturen wie Inis und Cafés dazu auf, am antirassistischen Einkauf teilzunehmen. Wenn ihr dazu Hilfe (zum Beispiel Logistik) braucht, sagt uns gern Bescheid.

Auch zur antirassistischen Radtour soll der Reader demnächst fertig sein. Wenn ihr ihn haben wollt, checkt unsere Homepage oder mailt uns an.

Mitmachen!

Auch dieses Semester gibt es also wieder Veranstaltungen der Linken Liste, einige stehen hinten im AStA-Info in der Terminübersicht. Menschen, die sich gegen Faschismus und Rassismus und für alternative selbstbestimmte Lebensweisen engagieren möchten, sind zu unseren Veranstaltungen herzlich eingeladen! Wir freuen uns auch über neue Leute, die mit uns gemeinsam inhaltlich diskutieren und Aktionen planen. Alle Termine (auch die, die bei Redaktionsschluss noch nicht feststanden) findet ihr immer unter **lilitu.** blogsport.de.

Danksagung

Bedanken möchten wir uns beim AStA der TU Berlin. Nur durch seine Hilfe bei der Finanzierung konnten wir die Veranstaltungsreihe durchführen. Auch über die Möglichkeit, die Infrastruktur des AStA zu nutzen, haben wir uns sehr gefreut.

ANTIKRIEGSKONFERENZ AN DER TU

"Der Krieg kommt schneller zurück als du denkst Du kriegst zurück was du verdrängst"*

Antikriegskongress 26.-28.11.2010 im Audimax H 105 der TU Berlin Start: 26.11. 18:00 Uhr Audimax: Begrüßung und Vorstellung des Programms 18:30 - 20:30 Uhr Podium: Afghanistan

Es sind 3 weitere Podien zu "Militarisierung der Außenpolitk", "Militarisierung der Zivilgesellschaft" und zu "Wie weiter? Perspektiven für eine stärkere Antikriegsbewegung" geplant. Am Samstag wird es auch 2 Workshopphasen geben mit vielen verschiedenen Themenangeboten z.B. "Nahoststrategie der NATO", "Militarisierung der EU", "Wie Protest gegen BW an der Schule organiseren?", "Was will die BW an der Schule? Warum Nachwuchswerbung", "Rüstungsforschung an den Unis" uvm...

Achtet auf die rechtzeitig vorher aushängenden Plakate und ausliegehenden Flyer um dann mehr und aktuellere infos zu erhalten...

*Liedtext von "Wir sind Helden"



"Die Verdummung unserer Gesellschaft"

Sarrazins Thesen von der genetisch vererbten Bildungsarmut kommen an – sie seien das Dilemma unserer Zeit. Doch wer genauer hinschaut merkt, dass diese eugenisch begründeten Weltuntergangsszenarien konjunkturell immer wieder hochkommen, sobald Krisen ins Land stehen oder zumindest der Zeitgeist der bürgerlichen Eliten die Krise und den Abschwung herbeihalluziniert. Es ist an der Zeit als wissenschaftlicher Nachwuchs dieser Republik elitenkritisch zu diesem enfant terrible des Konservatismus Stellung zu nehmen.

Die Thesen Sarrazins

Die Unterschicht, so Sarrazin, sei nicht benachteiligt sondern genetisch bedingt dümmer als die Oberschicht. Intelligenz sei zu 50 - 80 Prozent vererbt – wozu dann also die Mühe mit den ArbeiterInnenkindern an den Gymnasien und Unis? Wenn Deutschland nicht an der genetischen Substanz arbeitet steht Massenverblödung ins Haus.

Weiter heißt es in seinem "Bestseller", dass nicht das ausschlie-Bende Bildungssystem das Problem sei, sondern die mangelnde Intelligenz und Bereitschaft muslimischer EinwandererInnen sich dem unterzuordnen. Diese Bereitschaft soll kulturell und am besten noch religiös motiviert sein. Dass es was mit der deutschen Integrationspraxis zu tun hat, die auf rassistische Ungleichbehandlung und Assimilationsdruck setzt, statt auf Heterogenität der Lebensentwürfe, kommt ihm als Bundesbanker und Mann einer Lehrerin nicht in den Sinn. Die von ihm kritisierte Selbstisolation vieler MigrantInnen, die bewußte Beschränkung der Berührungspunkte mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft auf das Nötigste, wirkt zwar selbstgewählt, ist aber Ausdruck einer Gesellschaft die Einwanderung als Problem wahrnimmt und jeder Normalität beraubt. Sarrazin untersucht weder diese Dialektik zwischen Gesellschaft und Immigrantlnnen noch den vielschichtigen Alltag, sondern verallgemeinert, reduziert und setzt die auftauchenden Probleme im Ergebnis voraus. Aber braucht es eines Sarrazin-Pamphlets um die Partizipationsprobleme in der deutschen Gesellschaft zu diskutieren? Diese sind seit langem bekannt, werden diskutiert und ihnen wird mit mehr oder weniger erfolgreichen Maßnahmen begegnet.

Der Rassismus der Mitte

Nicht faktische Probleme und deren Lösung stehen im Mittelpunkt von Sarrazins Weissagungen sondern eine Demagogie, die den normalen Rassismus der Mitte herausfordert. Die BefürworterInnen Sarazins haben eine irrationale Angst vor fremden Kulturen, vor Terrorismus und wirtschaftlichem Abstieg, welche viele sagen lassen "Endlich sagt mal einer was alle denken!".

Sarrazins Beitrag zur Auffrischung von rassistischen Ressentiments in einem Milieu, dass vom klassischem Rechtsextremismus weit entfernt ist, darf nicht unterschätzt werden. Sein Anti-Islamismus (von wegen alle Muslime identifizieren sich mit radikal-islamistischen Gruppierungen) ist ein anti-muslimischer Rassismus, der die weitverbreitete Vorstellung der Unvereinbarkeit des westlichen Demokratiemodells mit nicht-säkularen Gesellschaften unterstreicht. In Abgrenzung zu allem anderen wird ein Bild einer exklusiven westlichen "Wertegemeinschaft" kolportiert, dass verteidigt gehört. Dass diese Wertegemeinschaft durchaus widersprüchlich ist und immer heterogen war, macht für jene, die das "Eigene" essentialisieren um auch das "Andere" pauschalisieren und ausgrenzen zu können natürlich keinen Sinn. Die kulturalistische Argumentation der exklusiven eurozentristischen Weltsicht ist in der Mitte der Gesellschaft stark verbreitet und mit Angstpropaganda ("Das Boot ist voll" / "Kinder statt Inder" / "Bedrohungen durch islamistischen Terror") durch politische Eliten seit jeher immer wieder abgerufen worden. Der aktuelle anti-muslimische Rassismus keimt seit dem 11. September 2001 wieder vermehrt auf. Anders als von sogenannten Islamkri-



tikerInnen behauptet geht es dabei meist nicht um menschenrechtlich begründete Einwände zu spezifischen religiösen Praktiken in einzelnen Regionen, sondern um die Diffamierung und Herabsetzung von Individuen aufgrund ihrer muslimischen Religionszugehörigkeit. Nicht nur die in sich widersprüchlichen Strömungen des Islams werden so verallgemeinert – auch die Muslime als Individuen selbst geraten unter Generalverdacht irgendwie terroristisch und IntegrationsverweigererInnen zu sein.

Die Ablehnung Sarrazins durch alle Parteien ist dabei gerade kein Zeichen für eine Veränderung, denn Gestalten wie Merkel richten sich zwar gegen "die Vergiftung des Verhältnisses zwischen Migrantlnnen und Mehrheitsbevölkerung", die Trennung bleibt aber bestehen. Die historisch gewachsene Arroganz, und der Hochmut der Westeuropäerlnnen ihre Kultur über alle anderen zu stellen, ist es, was hier zur Disposition stehen müsste.

Die Meinungsfreiheit, so der SPD-Vorstand kürzlich, müsse Sarrazin aushalten. Doch geht es hier um Toleranz unterschiedlicher Meinungen? Wie war das mit dem sogenannten Hassprediger Imam Yakup Tasci, der 2005 ausgewiesen wurde, weil er in zwei Reden vorrangig über die mangelnde Nützlichkeit der Deutschen und übermäßigen Schweißgeruch hergezogen ist? Es kommt bei der Forderung nach Toleranz in Deutschland immer darauf an, wer über wen herzieht. Seit 2002 vertritt Sarrazin immer wieder Thesen, die sozial Deklassierte (ob nun migrantisch oder nicht)



beschimpft und Ratschläge zur Beschneidung von deren Freiheit bereithält ("Die Sarrazin Diät" ist nur ein Beispiel). Die Causa Sarrazin hat mal wieder klargemacht, bis wohin der Bogen von RechtspopulistInnen gespannt werden kann.

Das Intelligenz-Gen

Seit Charles Darwins Vererbungslehre oder dessen Vetters Francis Galton (auf beide bezieht sich Sarrazin) ist die Vererbbarkeit allerlei menschlicher Eigenschaften nahezu Populärbildung. Wie bei der Farbe einer Erbse soll Intelligenz ebenfalls als genetische Disposition für positive bzw. negative Selektion in der menschlichen Population sorgen. Die Gesellschaft als wesentliche Sozialisationsinstanz kommt dabei nur am Rande vor. Ungesehen der Errungenschaften für die Evolutionsforschung wurden mit diesen Thesen auch SchädelvermesserInnen, Paarungsratschlägen- und verboten und dem Euthanasie-Programm der Nazis Tür und Tor geöffnet. Sarrazin tappt in dieses "Fettnäpfchen" und wird zurecht in die Naziecke gestellt. Er ist nicht der erste, der die Vererbung der Intelligenz als Tatsache propagiert. Ähnlich viel Aufsehen wie Sarrazins Genpool erregten der Philosoph Herrnstein und der Politiologe Murray 1994 in den USA. Mit ihrem Bestseller "The Bell Curve" plädieren sie dafür nur noch "kompetenten" ImmigrantInnen Aufenthaltsrecht zuzusprechen, da alle "wissenschaftlichen Prognosen" auf eine Verdummung der US-Gesellschaft hinwiesen. Untermauert haben sie ihre Thesen, als Fachfremde, mit Auswertungen von IQ-Tests, die mit genetischen Mustern korrelierten. Die GenetikerInnen, die da vor den Karren gespannt wurden, protestierten mit einer, für ihre Profession ungewöhnlichen Stellungnahme in der Science: "IQ-Tests haben keine genetische Aussage. Intelligenz ist immer abhängig von der Umgebung. Verändere die Umgebung und die angenommene Unveränderbarkeit der vererbten Intelligenz verändert sich bemerkenswert."

Die Genetik, also die wissenschaftlich betriebene, hat sich seit geraumer Zeit vom eindimensionalen Konzept "Gen = Phänomen" verabschiedet. Dass BiologInnen selbst die Biologisierung (Beschreibung des Menschen anhand seiner Gene) verärgert von sich weisen und Kulturwissenschaft und Linguistik zur Erklärung von bestimmten sozialen Merkmalsausprägungen zu Rate ziehen, ist eine interdisziplinäre Leistung, die offensichtlich von all den Stammtisch- und LebensexpertInnen noch nicht akzeptiert wird. Die neuen Diskussionen um genetische Pränataldiagnostik um ungewünschte Merkmale bei ungeborenen Kindern zu eliminieren ist ein weiterer Schritt in die biologisierende Richtung. Statt sich den gesellschaftlichen Bedingungen zu widmen, die Menschen aufgrund körperlicher Andersartigkeit ausgrenzen, werden lieber die Körper dem Arrangement zuträglich gemacht. Aber das ist eine andere Debatte.

"Nie wieder Elite"

So heißt es auf einem im Bildungsstreik an der TU erschienenen Flyer gegen burschenschaftliche Korporationen. Aber sind Eliten eigentlich noch zeitgemäß, wenn alle irgendwie elitär und exzellent sind?

Die "Schulen der Besten" wollen die Exzellenz-Initiativen auszeichnen, und klar machen, dass hier (die TU bewirbt sich ja auch regelmäßig um diesen Titel) die Elite von morgen zu Hause ist und nicht das sozialdemokratische Breitenbildungsideal.

Eine Elite beansprucht die Deutung der Welt, die Führung und den Löwenanteil des produzierten Mehrwerts. Das Modell braucht einen großen Rest, der nicht zur Elite gehört und sich durch verschiedenste Techniken führen lässt. Die Forderungen nach einer Elite, die den Begriff verdient, ertönt seit der Drohung selbige vom Sockel zu stoßen. Dem Gros der Bevölkerung soll die Wahrheit durch Wissenschaft für immer verschlossen bleiben, da sie im ganzen unreif sei die Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Wer sich die aktuellen Debatten anschaut muss konstatieren, dass sich Sarrazin mit seinem Elitismus im politischen Mainstream bewegt.

Die Rezeption und Zustimmung der Sarrazin-Thesen in der Mittelschicht fordert zwar keine Ausrichtung an die pseudowissenschaftliche Genetik, sie appelliert aber an eine Politik, welche die "Ängste ernstnimmt". Die Diskussionen um die Steuerung der Zuwanderungs-, Fortpflanzungs-, Partizipations- und letztlich Lebenschancen "gewünschter" bzw. "unerwünschter" Menschen in Deutschland wird durch Sarrazins Vorstoß erneut entfacht. Bei den ProtagonistInnen dieser Debatten um Einwanderungsgesetze, Pflichtuntersuchungen und Intelligenztests handelt es sich nicht um vereinzelte LaienwissenschaftlerInnen, sondern um Abkömmlinge und Sprachrohre der gebildeten Mittelschicht, die sich selbst als Elite empfindet. Während Völkerkundler wie Sarrazin belächelt werden, bleibt der gesellschaftliche Diskurs biologistisch und rassistisch aufgeladen. Meist werden in öffentlichen Diskussionen gesellschaftlich verbreitete Klischees und gefährlich unterkomplexe Weltanschauungen bedient, die wiederum eher als Ablenkungsmanöver bürgerlicher Eliten von anders gelagerten gesellschaftlichen Problemen (z.B. Bankenrettung, Klimakatastrophe, Krieg, Bildungsmisere) zu begreifen sind. Es herrscht dauerhafter Missmut, Krisenstimmung und ein Gerede von "Risikopotentialen" statt sich den drängenden Problemen konsequent zu widmen.

Egal wie es der Gesellschaft gerade geht, bei den Eliten (bei den tatsächlichen und den gefühlten) klingeln unaufhörlich die Alarmglocken, aus Angst vor sozialem Abstieg, Verlust der Wettbewerbsvorteile und Untergang des abendländischen Demokratiemodells. Die Mittelschicht scheint in jeder Lebenslage tief verunsichert und will durch die Volksparteien bedient werden. Es ist kein Zufall, dass kurz nach Sarrazin auch SPD-Parteiführer Gabriel fordert "Integrationsunwillige" auszuweisen. Die Verunsicherung trifft vor allem die bildungsbürgerliche Parallelgesellschaft, die bisher wenig Kontakt zu Migrantlnnen unteren Ranges pflegte. Sarrazin und nun auch Gabriel kanalisieren das Abhandensein von Zuversicht, indem Schuldige (mal sind es die "SozialschmarotzerInnen", mal die Muslime) benannt werden. Das mag mental über das Problem hinweghelfen - lösen tut es die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Vergesellschaftung sicher nicht. Denn die Angst vor Deklassierung ist berechtigt, das Heilsversprechen durch Leistung zu Ruhm und Reichtum zu gelangen wird gesellschaftlich nicht eingelöst. Und diese Erkenntnis setzt sich, trotz der Ablenkungsmanöver durch.

Die hegemoniale Integrationsforderung richtet sich nämlich nicht nur an MigrantInnen, sondern setzt auch auf Disziplinierung der Gesamtgesellschaft. Indem immer wieder wiederholt wird, was die anderen nicht sind, was ihnen fehlt, was sie versäumen - wird automatisch der Druck auf alle, die sich bisher sicher wähnten erhöht, sich der Leistungsgesellschaft mit entsprechender Bereitschaft agil entgegenzustrecken. Drohpotential sind die LeistungsbezieherInnen, die durch irgendeinen (un)glücklichen Zufall außerhalb der Wertschöpfungskette gelandet sind und täglich im Niedriglohnsektor, den Medien oder auf dem Amt ihrer Integrität beraubt werden. Selbst gewählt ist Armut selten - der Wettbewerb beruht nun mal darauf, dass irgendwer verliert. Und da merkt auch die gefühlte Elite, dass mit dem Massenbildungsabschluss der Elitestatus noch lange nicht erleistet wurde, während die tatsächliche Elite weiter höhnt: "Euer Elend kotzt uns an!"

Nun mal ehrlich: Arbeitslosigkeit, Armut und das Entstehen bzw. die Vergrößerung von sogenannten Unterschichten sind nicht das Ergebnis fehlender Intelligenz, Zuwanderung oder genetischer Unzulänglichkeiten. Sie sind die Folge der Unfähigkeit des Marktes, die Bedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, und des Unwillens der Politik, im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung in den Markt einzugreifen.

Duddy Kravitz



Norbert Bolz - Professor und Problem

Is Trend- und Medienforscher hat der TU Professor Norbert Bolz zu allen Themen eine Meinung, zu allem sagt er etwas. Seine Statements sind zugespitzt und zitierfähig, das kommt in den Medien an. Gern äußert er sich auch zu gesellschaftlichen Kontroversen und inszeniert sich dabei als Freigeist. Bekannt wurde er durch seine Auftritte in der ARD-Talkshow Anne Will, in denen er durch unsoziale und rechtspopulistische Reden auffiel.

In der ZEIT wurde er auf Grund seiner schier unerschöpflichen Medienpräsenz bereits 2004 als "Dandy der Medientheorie"1 bezeichnet. Neben Zeitungsartikeln und Interviews findet er hin und wieder Zeit ein Büchlein zu schreiben, ungefähr eins pro Jahr. Eins dieser Werke ist das 2006 erschienene "Die Helden der Familie". Auf 119 Seiten schreibt er über "Kulturkampf", das Ende der Zivilisation, kurz den Niedergang der Familie. Dabei trauert er veralteten Familienbildern nach und verteidigt die Rolle des Vaters als alleinigen Versorger und Beschützer. Bolz wettert "gegen einen Fürsorgestaat, der die Familie ersetzen will, gegen einen neuen Hedonismus unter der Marke der "Selbstverwirklichung", gegen eine als Political Correctness getarnte Kinderfeindlichkeit der Methusalem-Apologeten und der feministischen "Karrierefetischisten". Er verteufelt die neue Rolle der Frau, als selbstständige Person und erwerbstätige Mutter, die die Kluft der Geschlechter einzureißen droht. In seinem 2009 veröffentlichten Buch "Diskurs über die Ungleichheit" setzt sich Bolz mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit auseinander. Dabei geht es ihm darum, den Sozialstaat zu kritisieren. da dieser versucht der bestehenden Ungleichheit etwas entgegenzusteuern. Bolz verteidigt den gesellschaftlichen Status quo und wendet sich gegen soziale Reformen. Sein Fazit dazu: "Die größte Gefahr für die moderne Welt geht nicht von denen aus, die asozial sind, sondern von denen, die zu sozial sind. Es gibt keine gerechte Gesellschaft."2

Durch die omnipräsenten rassistischen Statements von Thilo Sarrazin fühlen sich viele (neu-) rechte "Wissenschaftler" im Aufwind. Nach allem bisher gehörten wundert es daher nicht, dass Norbert Bolz einer von ihnen ist. So war es nur nahe liegend, dass als selbsternannter "Volksparteienkritiker" Bolz am 5. September in der Talkshow bei Anne Will Sarrazin den Rücken stärkte. So freut er sich, dass Sarrazin "endlich einmal Tabus durchstößt, Formulierungen wagt, die bei uns wirklich verboten sind. Wir leben weit entfernt von Meinungsfreiheit"³. Die Meinungsfreiheit hat

es ihm besonders angetan. Denn er sieht sich, wie viele andere Neu-Rechte auch. von einem linken Mainstream und einer herbeiphantasierten Political Correctness geknechtet. Dazu ist anzumerken, dass so etwas wie Political Correctness hierzulande nie etabliert war, sondern auch als Begriff immer nur von Rechten benutzt wurde, um sich als quasi-rebellisch und unterdrückt zu gebärden.4 So hetzt auch Bolz gegen vermeintliche Denkverbote, die von "besonders arroganten neuen Jakobinern, auch in den Feullitons"⁵ verhängt würden. Hier zeigt sich wohl das Urkonservative, das ohne "Feindbild" nicht existieren kann. Kein Zufall, dass Bolz beim extrem rechten Internetportal "pi-news" (political incorrect) und in der "Jungen Freiheit" abgefeiert wird.

Im Schatten der "Causa Sarrazin" manifestiert sich auch einmal mehr die Forderung konservativer Kreise nach einer "demokratischen" Partei rechts der CDU. Norbert Bolz greift genau dies in einem Gastkommentar bei Tagesspiegel-Online vom 13.8.10 auf, wenn er feststellt, dass "es seit den Tagen des schwarzen Riesen Helmut Kohl ein Vakuum auf der Rechten" gäbe.



Häufiger bei Anne Will als an der Uni

Doch neben seinen Tätigkeiten als Trendforscher, Buchautor und Quasselstrippe ist er nebenbei auch noch als ordentlicher Professor an der Technischen Universität Berlin tätig. Jedoch sehen ihn seine Angestellten und Studierenden seltener als manche Journalisten. So beschwerten sich ehemalige Wissenschaftliche Mitarbeiter beim Dekan der Fakultät I darüber, dass Prof. Bolz lediglich "neun bis zehn Stunden pro Woche an der TU anzutreffen" ist - und das bei vier Lehrveranstaltungen im Semester. Somit ist es nicht verwunderlich, dass "Einzeltermine für Diplomanden, Masterkandidaten oder Promoventen nicht stattfinden" und "langfristig zugesagte Gesprächstermine mit Studierenden oder Promoventen in der Regel kurzfristig abgesagt werden". Auch

mit der fachgebietsinternen Kommunikation scheint es nicht weit her zu sein, da es keinen regelmäßigen Austausch zwischen Lehrstuhlinhaber und Mitarbeitern am Lehrstuhl gibt".

Im Bolz'schen Fachgebiet sagt man über ihn, "dass man nicht von Ihnen [Bolz] hört, sondern über Sie, weil sie ständig irgendwo als Vortragsreisender auftreten". Seine häufige Abwesenheit in Berlin erklärt er damit, "dass er in seinem Büro nicht denken könnte, da der Raum so uninspirierend sei" um weiterhin jede Menge Artikel schreiben zu können. Denn trotz mangelnder Inspiration und Plattheit seiner öffentlichen Auftritte ist Bolz, zumindest quantitativ äußerst produktiv. Unter der Rubrik Publikationen seines Fachgebietes sind im Netz rund 660 Artikel vermerkt7, allein ca. 600 von Prof. Bolz. Die Abwesenheit von der Uni scheint sich quantitativ nicht bemerkbar zu machen jedoch qualitativ. Wenn selbst Doktoranden anmerken, "dass in Fachkreisen [...] meine Mitarbeit an ihrem Lehrstuhl als Argument gegen meine fachliche Kompetenz geäußert wird". Mehr kann man wohl nicht sagen. Es ist erbärmlich, Bolz kann sich nicht einmal damit retten, seine au-Beruniversitären Tätigkeiten würden seine wissenschaftlichen nicht beeinträchtigen.

Bolz ist ein typisches Exemplar eines neoliberalen Konservativen. Da schon alles verkauft ist und der Staat nicht mehr als Feindbild dienen kann, müssen eben an dessen Stelle Minderheiten treten, um die Welt weiter nach den eigenen elitären Vorstellungen einrichten zu können. Obwohl selbst kein Politiker, wandelt er politisch in den Fußstapfen eines Jörg Haiders und Geert Wilders. Aber auch wenn er sich selbst gerne inszeniert, um seine Medienkompetenz auch mal praktisch umzusetzen, sieht er seine Hauptaufgabe darin, die "mutigen Tabubrüche" diskursiv zu unterstützen. Indem er als scheinbar neutraler Wissenschaftler auftritt, verleiht er so den HetzerInnen, Ultrakonservativen und RassistInnen höhere Weihen, die ihre Aussagen ohne Hilfe von seinesgleichen nie erlangen würden. Otto Ernst

Zugriff alle Quellen 23.09.2010

1 http://www.zeit.de/2004/30/P-N__Bolz

2 N. Bolz, Diskurs über die Ungleichheit, 2009

3 N. Bolz bei Anne Will am 5.9.2010

4 dazu lesenswert: Diedrich Diederichsen, Politische Korrekturen, 1996

5 N. Bolz bei Anne Will am 5.9.2010

6 http://www.tagesspiegel.de/meinung/andere-meinung/die-politische-rechte-steht-fuer-buergerlich-keit/1902294.html

7 http://www.medienberatung.tu-berlin.de/index.php ?akt=a&id=60&kategorie=Forschung





AwB-Institut: Kreative Abrechnungen

egenüber der Peter-Hartz-Gedächtnis-Bibliothek liegt im KWT Gebäude das Institut für Arbeitswissenschaften nannt AwB. Arbeitswissenschaften Berlin). Offene Räume, große Küche und neue Computer dominieren den Gebäudeteil in dem das Institut residiert. Alles ganz ergonomisch. Es ist also das Gegenteil von dem was mensch sonst von der chronisch unterfinanzierten TU kennt - und das obwohl Arbeitswissenschaften nicht einmal als Hauptfach studiert werden kann. Offensichtlich verstehen es die Mitarbeiter innen von AwB, ihr akademisches Kapital geschickt und ohne Umwege in ökonomisches umzuwandeln. So richtet das Institut halbjährlich das "Berliner Krankenhaussminar" aus oder heißt jede Woche ein anderes Kamerateam willkommen, das sich für den interdisziplinären Ansatz begeistert. Dabei hilft ihnen ihre wirtschaftsnahe, neoliberale Grundhaltung, die sich auch durch das komplette Lehrangebot zieht. So bestehen manche Veranstaltungen für Studierende ausschließlich darin Produktideen (Seniorenhandys, Krankenhaussoftware etc.) zu entwickeln. Falls etwas Vermarktbares dabei herauskommt, verbleiben alle Rechte bei AwB. Manchmal sollen kleine Marktanalysen angefertigt, neue Kund_innengruppen erschlossen oder Dozent_innen mit ihren Seminararbeiten für ihre akademische Laufbahn zugearbeitet werde. Jeder kritischen Nachfrage wird hier mit Hähme oder Ignoranz begegnet. Aber die sind ohnehin selten. Gefühlte 90% der SeminarteilnehmerInnen studieren BWL und haben sich bewusst für Arbeitswissenschaften entschieden. "We-

gen der Praxisnähe", wie sie sagen. Praxisnähe heißt hier theoriefeindliches Kuscheln mit der Privatwirtschaft.

Profite statt "Health Care"

Der unbestrittene Schwerpunkt des Instituts liegt im Bereich Health Care und Gesundheitswesen. Hier wird Studierenden erstmal eingebläut, dass medizinische Dienstleistungen nur Dienstleistungen und Krankenhäuser auch nur Betriebe sind, welche Profit abwerfen sollen. Alles macht der Markt am besten. Hier wurde die Gesundheitskarte schon vor Jahren herbeigefiebert, werden private Krankenkassen hoch gelobt und Kliniken danach beurteilt, wie viele Leute in ihnen sterben (das ist wirklich das einzige Kriterium zur Qualitätsmessung). Prof. Dr. Thomas Kersting MBA (so seine Selbstbezeichnung) ist Honorarprofessor am Institut und hier für die Lehrveranstaltung "Arbeitssystem Krankenhaus - Management" verantwortlich. Es geht darum ein paar Grundlagen zum Gesundheitswesen mit einer neoliberale Sicht darauf zu verknüpfen und den Studis ins Hirn zu schmieren. Hier lernen Studierende was von den Gesundheitsreformen zu halten ist: Gesundheitsfonds, Einheitsbeitrag etc. alles ganz prima. Unter anderem wird gelehrt, wie im Krankenhaus Leistungen nach Einführung von Pauschalen abgerechnet werden. Prof. Kersting weiß genau, wie es geht, schließlich ist er Geschäftsführer der Berliner DRK Kliniken.

Im Juni wurde dann endlich der Öffentlichkeit vor Augen geführt, wo eine neoliberal ausgerichtete Medizin hinführt: "Betrug im OP" (Tagesspiegel), "Ärztepfusch

in DRK-Kliniken" (taz), "Millionenschaden durch DRK-Chefs" (Neues Deutschland) und schließlich "Großrazzia: Klinikchefs wegen Betrugs verhaftet" (Abendblatt). Einer der Verhafteten war Prof. Kersting. Auch im Seminar hatte er seinen Studierenden erklärt, wie man abrechnet: Eine beliebte Option liegt im "Upcoding" von erbrachten Leistungen. Beispielsweise die Behandlung durch einen Assistenzarzt als Behandlung durch einen Arzt zu deklarieren. Genau das soll in den DRK Kliniken seit 2005 systematisch gemacht worden sein (ND, 11.6.2010), es besteht der Verdacht des banden- und gewerbsmäßigem Abrechnungsbetrugs. Und weil Assistenzärzte Eingriffe vorgenommen haben, zu denen sie nicht befugt waren, wird auch wegen Körperverletzung ermittelt.

Der DRK Skandal zeigt uns nicht nur eindrucksvoll, wo unsrer Krankenkassenbeiträge verschwinden und warum die Gesundheit dem Markt entzogen werden sollte. Er zeigt auch wo die Vordenkerlnnen des rücksichtslosen Gesundheitsmarktes sitzen. Unter anderem an unserer Universität. Das AwB-Institut wollte zu dem Skandal um ihren Honorarprofessor keine Stellung nehmen. Doch den Kopf in den Sand stecken hilft nicht länger - manche Fachbereiche müssen sich endlich mit ihrer Rolle für unethische Geschäfts- und Wissenschaftspraktiken auseinandersetzen. Es stünde dem AwB-Institut, das sich dem unterstützenswerten Ziel der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen durch ergonomische Gestaltung verschrieben hat, gut zu Gesicht, dazu eine inneruniversitäre Debatte zu starten.

Franz J.T. Lee

Burschenschaften

uch zu Beginn dieses Semesters stehen wieder adrett gekleidete junge Männer in der Uni, um an die Erstis, die den Mathevorkurs besuchen, Flyer zu verteilen. In den letzten Jahren luden sie meist zu Grillpartys mit Freibier ein. Diesmal schafft das "Corps-Berlin' es allerdings manche Studis ernsthaft hinters Licht zu führen. Sie tarnen ihre Rekrutierungstreffen als Erstsemestereinführung. Das es sich hierbei um Veranstaltungen handelt, welche rein gar nichts mit dem Studium zu tun haben, wurde manchen Erstis erst bewusst, als sie bereits anwesend waren und von Menschen mit Schärpen und komischen Mützen empfangen wurden. Zitat eines Studierenden: "Es war wie in einer Sekte". Ziel der Treffen soll es vor allem sein, neue Mitglieder für die Verbindungen zu gewinnen. Auch wenn dies manchmal relativ harmlos wirkt. Die Burschenschaftler und Corpsstudenten sind nur der äußere Schein einer im inneren hässlichen Ideologie.

Verbindungen stehen für ein hierarchisches Gesellschaftsbild. Sie treten offen für Elitenbildung und damit gegen Gleichheit ein. Mit ihren antidemokratischen Strukturen und teilweise blutigen Männlichkeitsritualen bilden sie einen Nährboden für Militaris-

mus, Autoritätshörigkeit und Unterdrü-

ckung. Studentenverbindungen sehen sich als "Lebensbünde" - durch Protektion wird selbst der inkompetenteste Nachwuchs von den "Alten Herren" in hohe Positionen gehievt. Diese Seilschaften zie-

hen sich durch Politik und Wirtschaft. Sie funktionieren als Stütze der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Verbindungen sind überwiegend Männerbünde. Durch ihre Seilschaften erschweren sie Frauen den Weg in leitende Positionen. Frauen werden nur als "schmückendes Beiwerk" gesehen. Insgesamt vertreten in Verbindungen Organisierte ein konservatives bis extrem rechtes Weltbild mitsamt dem dazu gehörigen Sexismus. Burschenschaftler bieten dabei rechten bis extrem rechten Ideologen gerne Foren und lassen sie in ihren Verbindungshäusern sprechen.

Lasst euch nicht einwickeln! Informiert euch und geht lieber zu den Erstsemestereinführungen und -partys eurer Fachbereiche und Inis.

Eure Antifa TU antifatuberlin.blogsport.de



Semesteranfangsbrunch

der Referate für Frauen und queers Dienstag 19.10., 14 Uhr im EB013 (AStA)

Die AStA-Referate für Frauen und queers stellen sich vor. Alle Mitmach-Interessierten, Freund_innen, Kooperierenden und Unterstützer_innen sind herzlich eingeladen! Es wird Getränke und Knabbereien geben. Außerdem könnt ihr in unserer Infothek und Bibliothek stöbern.

Weitere Termine, Informationen und die Selbstdarstellungen unserer Referate findet ihr auf der AStA-webseite: asta.tu-berlin.de/referate/frauen & asta.tu-berlin.de/referate/queer Ihr könnt uns auch per email erreichen: queer@asta.tu-berlin.de frauenreferat@asta.tu-berlin.de

Wir freuen uns auf euch! Einen guten Start ins Semester wünschen euch eure AStA-Referate für gueers und Frauen.

Vollversammlungen Dienstag, den 2.11.

14 Uhr: Vollversammlung der Studentinnen* mit Wahl der Referentin* für das Frauenreferat des AStA.

15 Uhr: queer Vollversammlung der au

16 Uhr: Vollversammlung der ausländischen Studierenden / Studierenden mit Migrationshintergrund).

Film "Fang den Sekretär"

Im Sommersemester 2010 riefen das Frauen- und Queer-Referat des AStA zu einem Filmworkshop auf. Das Motto lautete "Fang den Sekretär!" - es sollte der Frage nach der Präsenz von Frauen, der Wahrnehmung von Geschlechterverhältnissen und Rollenverteilungen an der TU Berlin nachgegangen werden. Dabei herausgekommen ist ein 15-minütiger Kurzfilm, der am 28. Oktober, beim "Tag der Lehre" an der TU Premiere haben wird. Wer den Film ausleihen, ansehen oder aufführen will, wende sich an das Frauen- oder Queer-Referat.

Sprechstunde des Frauenreferates ab 26.10. jeden Dienstag 14 bis 15 Uhr und nach Vereinbarung im EB013. Telefon: 314-25254 und Email: frauenreferat@asta.tu-berlin.de

Frauen in der Studentischen Interessenvertretung

ie Studentische Interessenvertretung ist für alle Studierenden da. Aktive Frauen sind darin aber wenig vertreten. Über die Gründe kann man nur spekulieren, da es keine Untersuchungen dazu gibt. Als Aufgabe für die Zukunft stellt sich genau das – herauszufinden, was Frauen für die Interessenvertretung (nicht) motiviert.

Als wir zusagten, diesen Artikel zu schreiben, fühlte sich alles ganz einfach an. Beim Recherchieren stellten wir jedoch fest, dass zur Rolle von Frauen

in der Studentischen Interessenvertretung an der TU Berlin kaum aktuelles Material zu finden ist. Unser Artikel muss demnach als erste Annäherung verstanden werden. Wir hoffen, dass andere motiviert werden, mit uns gemeinsam nach Antworten zu suchen. Vorab sei noch gesagt, dass wir die heteronormative Weltsicht, nach der es genau zwei Geschlechter gibt, nicht teilen.

Dennoch haben wir für unsere Recherchen auf das Modell der zwei Geschlechter zurückgegriffen, weil es schlicht keine Möglichkeit der Untersuchung gibt.

Frauen im Studierendenparlament

Das Studierendenparlament (StuPa) ist das zentrale Gremium der Studentischen Interessenvertretung und wird von allen Studierenden gewählt. Die Ergebnislisten des Studentischen Wahlvorstandes weisen das Geschlecht der Kandidat_innen nicht aus. Unsere Auswertung basiert darum auf der Einordnung nach männlichen bzw. weiblichen Vornamen.

Schaut man sich die Wahlen zum Stu-Pa der TU Berlin der letzten drei Jahre an, fällt auf, wie unterrepräsentiert Frauen sind. An einer Universität mit einer Frauenquote unter den Studierenden um die 36,5% (2001 - 2009) nicht überraschend, kandidierten in allen drei Jahren weniger Frauen als Männer. Dabei ist aber signifikant, dass es auch viele Listen gibt, auf denen überhaupt keine Frauen auftreten. Die Zahl dieser reinen Männer-Listen liegt bei etwa einem Viertel (2010: 5 von 21, 2009: 7 von 22, 2008: 3 von 23). Nur im Jahr 2008 gab es auch eine reine Frauen-Liste ("Physikerinnen an der TU").

Frauen im AStA

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) besteht zurzeit aus zwölf Referaten, darunter drei "Autonome Referate" und ist innerhalb der Studentischen Interessenvertretung für das operative Geschäft (also den politischen Alltag) zuständig. Die Referent_innen der Autonomen Referate, auch FAQ-Referate (Frauen-, Ausländer_innen- und Queer-Referat) genannt, werden jeweils von Vollversammlungen der durch sie vertretenen Studierenden gewählt.

Bei den Referent_innen stellen wir auf den ersten Blick keine (im Hinblick auf das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter unter den Studierenden) auffällige Unterrepräsentanz von Frauen fest. Der Frauenanteil beträgt hier etwa ein Drittel. Bei genauerem Hinsehen fällt jedoch auf, dass in den letzten drei Jahren der Frauenanteil bei den Kern- und Zusatzreferaten bei 1 von 7 (2007) und 2 von 9 (2008 und 2009) lag. Bei den FAQ-Referaten ist der Frauenanteil höher (2 von 3 in allen drei Jahren) - im Frauenund im Queer-Referat gibt es Referentinnen, also genau in denienigen Referaten. die Geschlecht und Gender zum Thema haben - das pusht die Quote natürlich insaesamt.

Die Frauenfrage als Thema in den studentischen Gremien

Der gegenwärtige AStA positioniert sich klar gegen Unterdrückungsverhältnisse, insbesondere gegen Sexismus. Geschlechtergleichstellung in den eigenen Reihen wird jedoch auch wenn gelegentlich thematisiert kaum praxisrelevant. Zwar wird beispielsweise in der Personalpolitik auf ein zahlenmäßig ausgeglichenes Verhältnis geachtet, darüber hinaus gibt es jedoch wenig positive Ansätze.

Allerdings findet zurzeit eine stärkere Vernetzung der im AStA aktiven Frauen statt. Unzufriedenheit herrscht vor allem über dominantes Rede- und sonstiges Verhalten und latent sexistische Sprüche. Darum stärken wir Frauen uns jetzt gegenseitig den Rücken. Es gilt hier wie überall "Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun."

Mitmachen!

Wir wünschen uns eine stärkere Beteiligung von Frauen in studentischen Gremien. Neuen Frauen wollen wir den Einstieg erleichtern. Insgesamt möchten wir auch das Thema "Frauen in der studentischen Interessenvertretung" weiter verfolgen. Bei Interesse am AStA und an offenen Arbeitstreffen auch zu anderen Themen kannst du mit uns in Kontakt treten:

frauen@asta.tu-berlin.de.



ZEMS-Provinzposse

Die Neuordnung der Sprachausbildung an der TU

er Akademische Senat an der TU hat am 7. Juli eine neue Benutzungs- und Organisationsordung für die Zentraleinrichtung Moderne Sprachen (ZEMS) an der TU erlassen. Am 15. Juli folgte das Kuratorium mit einer neuen Gebührenordnung. Demnach hat die ZEMS jetzt eine richtige Geschäftsführung, was ein Vorteil zu früher ist. Aber die Nachteile der Neustrukturierung überwiegen. So kosten Sprachkurse für TU-Studis jetzt einheitlich 0,80 Euro pro Lehrveranstaltungsstunde – also, je nach Umfang des Kurses 23 – 48 Euro (Gast und NebenhörerInnen zahlen das doppelte). Gleichzeitig werden ECTS-Punkte nach Niveaustufen vergeben. Die Finanzierung der ZEMS erfolgt aus TU-Haushaltsmitteln und Gebühreneinnahmen durch die KursteilnehmerInnen.

Immerhin ist der Streit um die ZEMS, der seit einem fatalen Urteil des Landesrechnungshofs Anfang 2009 zu Schließungsgerüchten, Unsicherheiten und völliger Blockade des Lehrangebots geführt hatte, damit beigelegt.

Evaluation und konkrete Änderungen

Zugegeben, der akademische Senat hat sich die Mühe gemacht die ZEMS von einem externen Gremium evaluieren zu lassen, um Veränderungspotentiale hinsichtlich Kostenstruktur und engere Anbindung an die Bedarfe der Fakultäten auszuloten. Ohne näher auf die sozialwissenschaftlichen Methoden der drei ExpertInnen einzugehen ist das Verfahren formal "durchaus fundiert" abgelaufen, wenn auch die "Ziele", nämlich Kosten zu senken und die "freien" Angebote zu minimieren vorgegeben waren. Die Bewertung der Evaluation erfolgte durch eine Arbeitsgruppe des Kuratoriums in der auch ein Studi teilgenommen hat. Die Evaluation hat ergeben, dass die ZEMS inhaltich gut arbeitet, aber die Strukturen verbesserungswürdig sind. Außerdem wurden Vorschläge zur Frage der Finanzierung (Gebühren für die Kurse) gemacht. Die EvaluatorInnen haben die derzeitige Personalhöhe als zu gering eingestuft und für mehr Dauerpersonal plädiert. Allerdings war von Anfang an klar, dass es nicht mehr Geld für die ZEMS geben sollte. Die Finanzierungslücke, um das derzeitige Angebot aufrechtzuerhalten, soll von den Studierenden aufgebracht werden. Trotz Widerspruch zur Gebührenordnung wurden die Ratschläge dann vom TU-Präsidium an den Akademischen Senat und das Kuratorium zur Beschlussfassung herangetragen.

Die Mischfinanzierung des ZEMS-Kursangebots beruht auf der irrigen Annahme es gäbe eine sinnvolle Trennung zwischen "fachorientierten" Sprachangeboten, die von den Fakultäten entsprechend ihrer nachfragenden Studierenden zu finanzieren sind und anderen "kleineren Sprachen", die durch die daran interessierten Studierenden getragen werden.

Die Fakultäten beauftragen die ZEMS damit bestimmte Kurse für ihre Studierenden anzubieten. Von der TU finanziert wird nach diesem Konzept also nur was in der jeweiligen Prüfungsordnung festgehalten ist. Der Rest, also Sprachen die nirgends Pflicht sind oder von Studierenden anderer Fakultäten im freien Wahlbereich belegt werden, sollen durch die Gebühren der Studierenden direkt getragen werden. Dazu heißt es etwas naiv im Kuratoriums-Beschluss: "Das Kuratorium stellt fest, dass die Kostenbeteiligung der Studierenden an der Finanzierung des Kursangebots der ZEMS keinen Einstieg in Studiengebühren bedeutet." Ein hohles Mantra. Das einzige was wir durchsetzen konnten ist eine mögliche Ermäßigung oder Befreiung von den Kursgebühren bei sozialer Bedürftigkeit (z.B. Kritierien aus der Sozialfondssatzung zum Semesterticket). Festgestellt wird diese aber von der wissenschaftlichen Leitung der ZEMS – die kostenfreie Teilnahme an

Kursen, die nicht zum Pflichtprogramm gehören, dürfte also von der Willkür einzelner abhängen.

"Keine versteckten Studiengebühren"

Das Berliner Hochschulgesetz schließt Studiengebühren kategorisch aus. Gebühren dürfen aber erhoben werden wenn es um die Nutzung von Einrichtungen und Gegenständen geht. Für die TU scheint dieser Passus neuerdings Anlass zu sein für alle möglichen Lehrangebote, die nicht in der jeweiligen Prüfungsordnung stehen, Phantasie-Gebühren zu erheben. Auf Nachfrage heißt es dann: Wichtig ist, dass die Pflichtkurse kostenfrei sind.

Bezogen auf das Erlernen einer Sprache ist dieses Credo natürlich absurd. Dass der Spracherwerb im akademischen Betrieb nicht immer fachbezogen ist, sondern zum interdisziplinären Ideal des Studium generale gehört, dürfte auch an der TU mit ihrer Außenstelle in Ägypten angekommen sein.

Die Kostenersparniss bei der ZEMS stellt sich als Pyrrhussieg für die TU heraus. Der internationale Anspruch wird wegen eines knappen Haushalts allzu billig über Bord geworfen. Nur die Studierenden, die es sich leisten können, werden mit Fremdsprachen ausgestattet. Der AStA der TU wiederholt hiermit die Forderung der Studierenden: Auch Sprachkurse sollten an der TU kostenfrei angeboten werden und als Studienleistung anerkannt beiben. Die gefundene Lösung in Sachen ZEMS ist kein Kompromiß in unserem Sinne.

Die Fakultäten wollen nicht mehr für die ZEMS bzw. deren "freies" Angebot in vollem Umfang aufkommen sondern nach dem Motto "Geld folgt Studierenden" leistungsbasiert zahlen. Das TU-Präsidium wiederum will die Uni verschlanken und evaluiert sämtliche Zentraleinrichtungen, um sich dann aus der Verantwortung ziehen zu können. Das Problem sind nicht die hohen Kosten der ZEMS sondern der Anspruch der TU, dass die Sprachausbildung möglichst "kostenneutral" arbeiten soll. Aber welche Abteilung oder Einrichtung an der TU wird sonst nach diesem Kriterium bewertet? Das unterscheidet doch die Uni vom Unternehmen – wovon wir nicht noch weiter abrücken sollten.



Wie fandet ihr das Ini-Sommerest am 18. Juni? Die Bands "Berlin Boom Orchestra", "Slippery Damage", "Kollektives Gedächtnix" und "Fear and Loathing" spielten. Die Aftershow-Party fand mit elektronischer Tanzmusik im Cafe A statt. NEWS zum Sommerfest: myspace.com/tusommerfest





Kommt ZEIT kommt Anwalt

hr erinnert euch sicherlich an den Artikel "Eine kurze Geschichte zur ZEIT" im AStA-Info Nr. 18. Darin wird die Diffamierungskampagne des ZEIT-Verlags (ZEIT-Campus, Online, Wochenzeitung usw.) gegen die Verfassten Studierendenschaften und deren Gremien (Studierendenparla-

mente, Allgemeine Studierendenausschüsse etc.) beleuchtet und mögliche Ursachen in der Firmenbeteiligung der Ber-

telsmann AG gesucht. Der Artikel hat den ZEIT-Verlag dermaßen erzürnt, dass er den AStA der TU-Berlin abmahnte. Aber nicht die Inhalte des Artikels wurden kritisiert sondern Formulierungsschwächen. Juristisch geklärt haben wollte der Verlag in welchem ZEIT-Produkt nun genau welcher Satz gestanden habe, auf dem sich die generelle Kritik im AstA-Info stützte. In dem Brief der damit beauftragten Hamburger Me-

dienrechtskanzlei heißt es dann dazu "Wie gesagt richtet sich der Zeitverlag nicht gegen die Verschwörungstheorien oder die teils absurde Kritik, die ihnen unbenommen bleibt." Die Reaktion des ZEIT-Verlags zeigt dass wir offensichtlich insgesamt nicht unrichtig lagen und legen deshalb noch mal nach.

Stein des Anstoßes für uns war nämlich ein Artikel des freien Journalisten Marvin Oppong in der ZEIT Campus Anfang des Jahres, in dem er an einigen wenigen exemplarischen Beispielen der letzten 20 Jahre versuchte allen Asten bundesweit eine unsachgemäße Verwendung von Studierendenbeiträgen zu unterstellen. In Zeiten des Bildungsstreiks sollte den Asten, als politische Interessenvertretungen der Studierenden die Legitimität entzogen werden. Der Artikel ist denn auch tendenziös und gespickt von Halbwahrheiten. Nicht nur vom AStA der TU-Berlin hat dieser Artikel für heftige Stellungnahmen gesorgt.

Die ZEIT-CAMPUS-Redaktion sah sich sogar gemüßigt die wütenden Kommentare bei ZEIT-Online unter dem Artikel abzuwiegeln: "Wer den Artikel genau liest, wird feststellen, dass an keiner Stelle eine Abschaffung der Asten gefordert wird." Hmm. Für einen so großen Verlag muss es schon schwer sein, regelmäßig missverstanden zu werden.

Der AStA der Uni Bonn wurde in Oppongs Artikel am stärksten kritisiert. Oppong ist Jura-Student an der Uni Bonn und war im dortigen AStA Mitarbeiter. Damals Mitglied der Grünen Hochschulgruppe ist er heute bei den Jungen Liberalen. Im Wintersemester 2006/2007 gehörte er sogar zur Redaktion des Bonner AStA-Magazin(BAStA). Entsprechend fällt nun auch die gut begründete Replik des Bonner AStA in der "BAStA" aus: "Im Prinzip ist nichts dagegen einzuwenden, wenn kompetente JournalistInnen den AStA kritisieren und Missstände aufdecken oder anprangern - vorausgesetzt sie stützen ihre Meinung auf Tatsachen und biegen diese nicht zurecht, bis sie zu ihrer vorgefassten Meinung passen, wie im ZeitCampus-Artikel geschehen. Dort werden MitarbeiterInnen diffamiert, Ausgaben falsch dargestellt, Zeiträume bewusst unterschlagen und Sachverhalte verglichen, welche überhaupt nichts miteinander zu tun haben können. (...) Anscheinend findet ,investigativer Journalismus' von jungen Nachwuchs RedakteurInnen in der ZeitCampus großen Anklang, weshalb die Zeitschrift für ein paar Cent zusammen mit einem "Leckerli" an die Studierenden zum Semesterstart verscherbelt werden muss."

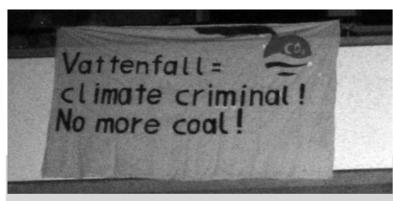
Auch der AStA der Uni Kiel hat eine lange Erklärung veröffentlicht in der sie sich mit den Argumenten von Oppong detailiert auseinandersetzt. Darin heißt es "Auch wir, als demokra-

tisch legitimiertes Exekutivorgan der Studierendenschaft der CAU zu Kiel, betrachten in besagtem Artikel angeführte Beispiele für unverhältnismäßige Ausgaben mit Erstaunen und teilweiser Empörung. Besonders in der Nutzung öffentlicher Gelder ist Sparsamkeit oberstes Gebot. Die allgemeine Verunglimpfung ehrenamtlicher Tätigkeit in deutschen ASten, die von Seiten des Autors Marvin Oppong geschieht, lehnen wir allerdings genauso ab. (...) Beitragsfinanzierte Gemeinschaftsvertretungen müssen sozial und solidarisch handeln, willkürliche Generösität ist fehl am

Platz. Mit öffentlichen Geldern verantwortlich umzugehen, bedeutet eben etwas anderes, als das eigene Geld im selbst ernannten besten Sinne auszugeben." Dem kann sich der AStA der TU-Berlin nur anschließen.

Der Autor des "Enthüllungs-Artikels" Marvin Oppong ließ sich von der Kritik nicht abhalten und veröffentlichte in der Financial Times Ende Juli erneut ähnliche Thesen.

- BAStA 644: "Überflüssige AStA-Mitarbeiter fressen Wildschwein von geliehenem Geld"
- AStA Uni-Kiel 5.3.10: "Wider der Herabsetzung studentischer Interessenvertreter_Innen"
- ZEIT Campus, Nr. 1/2010: "Die zehn größten Verschwendungen des Asta"
- AStA Info TU-Berlin Nr. 18: "Eine kurze Geschichte zur ZEIT"



Protest gegen Vattenfall

on Protesten begleitet fand am 22. Juni die sogenannte "Climate Lecture" an der Technischen Universität Berlin statt. Während eines Grußwortes des Vattenfall Europe-Chefs Tuomo Hatakka entrollten Aktivisten ein Banner mit der Aufschrift "Vattenfall = climate criminal! No more coal!" Die "Climate Lecture" ist eine öffentliche Vorlesungsreihe der TU Berlin, bei der prominente RednerInnen sich mit aktuellen Fragen der Klimapolitik auseinandersetzen.

"Wir begrüßen es, dass die TU Berlin dem Klimawandel eine Vorlesungsreihe widmet", so eine an der Aktion der beteiligten Studentin, "jedoch ist es unerträglich, dass ausgerechnet der Kohle- und Atomkonzern Vattenfall als Unterstützer der Veranstaltung auftreten darf. Vattenfall versucht durch derartige Greenwashing-Aktionen, von seinen klimaschädlichen Kohlekraftwerken abzulenken."

Der schwedische Staatskonzern Vattenfall betreibt in Brandenburg mehrere Braunkohletagebaue. In den kommenden Jahren sollen die Dörfer Atterwasch, Grabko und Kerkwitz abgebaggert werden. Weiterhin baut Vattenfall momentan zwei neue Kohlekraftwerke (Hamburg-Moorburg und Boxberg).

Wahlergebnis StuPa-Wahl 2010

> www.studwv.tu-berlin.de

Liste	Stimmen	Sitze
1 Schiffbau-Studis	29	1
2 Fak 6 Inis ins StuPa	a 102	3
3 Freundliche Ini Phy	sik 135	3
4 Archi Liste	23	1
5 Angeneh. & gut. St	ud. 112	3
6 Liberale Hochschu	lgr. 69	2
7 UTEX-Plenum	115	3
8 AG Gegen Studien	geb. 41	1
9 Li – Wiings	35	1
10 Queer-TU	48	1
11 Liste für Vielfalt	23	1
12 Grüne Liste	95	2
13 INI Chemie	92	2
14 Juso Hochschulgi	r. 190	5
15 EB 104 & Blub Ini	666	17
16 Unikraut	39	1
17 Soziologie – INI	60	2
18 Linke Liste	95	2
19 InGruen – Grüne	178	5
20 Die PARTEI	68	2
21 Langzeitstudis	77	2
Gesamt	2292	60

Wahlbeteiligung StuPa-Wahl 2010

Fakultät I:	3,59%
Fakultät II:	11,77%
Fakultät III:	13,46%
Fakultät IV:	7,86%
Fakultät V:	10,29%
Fakultät VI:	6,22%
Fakultät VI:	7,29%
ohne Fak.zuordnung:	4,97%
Gesamt:	8,69%

Wahlergebnis Kuratorium 2010

Person/Liste	Stimmen				
Professor_innen:					
Prof. Jähnichen	49				
Prof. Schomäcker	24				
Prof. Pepper	24				
Akademische Mitarbeiter innen:					
Unabhä.& befristete WMs	67				
Mittelbau-Ini (Petra Jordan)	181				
Sonstige Mitarbeiter_inner	n:				
ver.di (Gabriele Meuser)	197				
Sachlich & Unabhägig	148				
Studierende:					
Aktive St. feat. Fachschafts	t 144				
INIs/andere (Erik Marquardt)	415				
RCDS & Unabhä. & LHG	9				

StuPa-Satzungsänderungen

as Studierendenparlament (kurz StuPa) ist nicht nur die Vertretung der Studierendenschaft der TUB und kämpft als solche gegen die zermürbenden Mühlen der TU-Verwaltung und gegen Sparmaßnahmen sowie Studiengebühren seitens des Berliner Senats.

Hin und wieder stolpert das StuPa auch über sich selbst. Die Zusammensetzung und Arbeitsweise des StuPas und aller damit verbundenen Organe ist in der so genannten "Satzung der Studierendenschaft der TUB" festgehalten. Diese wird derzeit geringfügig überarbeitet, damit sie Euren gewählten VertreterInnen besser ermöglicht, Euch zu helfen und Eure Interessen wahrzunehmen.

Einer der Kernpunkte dieser Änderung ist die Zusammensetzung des Allgemeinen Studierendenausschusses. Hier ackern derzeit 12 so genannte ReferentInnen unentgeltlich, um in verschiedenen gesellschaftlichen und hochzulpolitischen Bereichen täglich Deine Interessen zu vertreten - z.B. Verhandlungen um das Semesterticket. Mitwirken an der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes und erstellen von Pressemitteilungen. Sie werden dabei zwar von einem fleißigen, vierköpfigen Bürodienst unterstützt, aber die knapp bemessene Zeit neben Studium und Lohnarbeit gestattet es oft nicht, die Pflichten, die so ein Referatsposten mit sich bringt tagsüber wahrzunehmen. Frei nach dem Motto: Wenn die 24h täglich nicht reichen, nimm einfach die Nacht hinzu. Dadurch kam es in der Vergangenheit gelegentlich dazu, dass die regelmäßigen AStA-Plena (Donnerstags 18 Uhr) nicht beschlussfähig waren.

Zur Beschlussfähigkeit wird die Hälfte der gewählten Referentlnnen benötigt, auch wenn in einem basis-konsenziellen AStA, wie er von den derzeit AStA-tragenden Fachbereich-Inis präferiert wird, die Entscheidungen von allen gemeinsam im Konsenz getragen werden – ob gewählt oder nicht. Die nun anstehende Satzungsänderung erlaubt uns – wenn sie wie bisher erarbeitet, beschlossen wird – auch StellvertreterInnen für die Referate zu wählen, so dass sich die Arbeit, insbesondere die, die Anwesenheit zu festen Zeiten erfordert, auf meherere Schultern verteilt und alle zukünftigen AStA-Plena auch beschlussfähig werden.

Darüber hinaus werden bei den Wahlen zu den so genannten Autonomen Referaten (Frauen, AusländerInnen und queere Minderheiten) die jeweiligen Vollversammlungen stärker eingebunden.

Bisher war das Votum einer solchen Vollversammlung lediglich eine kraftlose Empfehlung und von dem Gutdünken des Stu-Pas anbhängig. Nominierung und Wahl konnte das Stu-Pa bisher auch in Eigenregie durchführen und vollkommen konträr zu den Vollversammlungen entscheiden. Zukünftig kann für die oben genannten Referate nur die jeweilige Vollversammlung nominieren. Das Stu-Pa bestätigt lediglich dieses Votum. Dadurch sollte die autonome, also unabhängige Vertretung der Interessen dieser Personengruppen gewährleistet sein. **Die Vollversammlungen finden übrigens am 02.11.2010 statt.**

Alle weiteren Änderungen sind kleine Formalien, die sich mehr oder weniger aus den obigen Änderungen in dem komplexen Satzungsgebilde ergeben.

Beschlossen wird die Änderung voraussichtlich am 03.11.2010 in der ersten Sitzung des XXXI. StuPas, das Ihr im Juli gewählt habt. Kommt vorbei. Alle Sitzungen sind öffentlich. www.stupa.tu-berlin.de

Beratung für Studium & Lehre

Seit Juni 2010 gibt es die Beratung des AStA zu allen Fragen und Problemen, die Studierende bei der Organisation und Durchführung ihres Studiums entstehen können. Wir versuchen dafür zu sorgen, dass das Studium an der TU für ALLE(!) studierbar bleibt und nicht nur für jene, die es sich leisten können. Wir beschäftigen uns mit dem freien Zugang zur Hochschule.

Themen: Einklagen in einen Studiengang, Probleme mit Studien- und Prüfungsordnungen, Probleme mit Prüfungsausschüssen, Hilfe beim Verfassen von Widersprüchen oder Gegenvorstellungsverfahren, Beratung zu Studium und Wehrpflicht, Probleme mit (nicht bestandenen) Prüfungen, Zwangsberatung, Zwangsexmatrikulation, Funktionsstörungsatteste, Anwesenheitslisten sowie Anwesenheitspflicht, Datenschutzrechtliche Probleme...

asta.tu-berlin.de/beratung_service/hochschul-studienberatung;
Mail: hochschulberatung@asta.tu-berlin.de

AStA-Ausstellung 1.11. - 26.11.2010 an der TU

"Neofaschismus in Deutschland"

er AStA der TU-Berlin präsentiert in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes die aktuelle Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland" auf 26 Tafeln im November 2010 im Hauptgebäude der TU-Berlin. Die Ausstellung wird begleitet von vier thematischen Abendveranstaltungen immer Montags an der TU (Programm unter www. asta.tu-berlin.de)

Ausstellung: In der Bundesrepublik werden Menschen beschimpft, bedroht, zu Tode getreten oder bei lebendigem Leibe verbrannt, weil sie als Fremde oder Andersdenkende gehasst werden - über 100 Todesopfer hat die neofaschistische Gewalt seit 1990 bereits gefordert. Geht hier



die jahrelange Saat von Alt- und Neofaschisten auf? Können diese Ereignisse mit denen aus der NS-Zeit verglichen werden? Haben die Ausbreitung rassistischen Denkens und die daraus erwachsende Gewalt heute ganz andere Gründe als damals? Die Ausstellung will dazu beitragen, dass diese Bilder nicht auf Dauer zum deutschen Alltag gehören. Sie informiert über Ideologie und Praxis des Neofaschismus und benennt Ursachen für die Ausbreitung rassistischen, nationalistischen und militaristischen Denkens und Handelns.

Ideologie: Die Analyse der Ideologie des Neofaschismus geht vom zentralen Element der »Volksgemeinschaft« aus. So wirr und widersprüchlich diese Ideologie auch oft erscheint, zeigt doch gerade der Begriff der »Volksgemeinschaft«, worum es eigentlich geht: Durch eine Mischung von Versprechungen und Appellen an niedere Instinkte sollen Menschen in ein verbrecherisches politisches Gesamtkonzept eingebunden werden. Frappierend ist, wie stark die Szene aktuelle Themen wie »Antiislamismus« und »soziale Demagogie« aufgreift und in ihrem Sinne verwendet und anpasst. Es gibt keinen Zweifel an der ungebrochenen Kontinuität dieser Ideologie wie jeweils der Vergleich mit dem historischen deutschen Faschismus zeigt.

Struktur: Neofaschismus ist ein »politisches Lager« mit unterschiedlichen Formen der Organisierung, das durch eine gemeinsame Weltanschauung miteinander verbunden ist. Die verschiedenen Facetten - Parteien, »Kameradschaften«, Medien, vom Neofaschismus beeinflusste Subkulturen u.a. - werden dargestellt. Ein Schwerpunkt wird gelegt auf die »Modellregionen« des Neofaschismus, in denen durch die NPD parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten verknüpft werden.

Zusammenhänge: Im zweiten und dritten Teil geht es ausschließlich um eindeutig neofaschistische Inhalte und Akteure. Im vierten Teil werden die Wechselwirkungen des Neofaschismus mit gesellschaftlichen Erscheinungen skizziert, ohne die die Virulenz des Problems nicht zu verstehen ist. Neofaschistische Gruppen haben schließlich nur Erfolg, wenn es ihnen gelingt, relevante politische Fragen aufzunehmen und Impulse aus dem politischen und sozialen Geschehen zu ziehen. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, antigewerkschaftliche Stimmungsmache oder der Ruf nach dem »starken Staat« sind kein Privileg offenkundig neofaschistischer Akteure. Dies schlägt sich auch in einem relevanten - über den organisierten Neofaschismus hinausgreifenden - Netzwerk nieder. So erklärt sich auch die erschreckende jahrzehntelange Tolerierung neofaschistischer Umtriebe in der Bundesrepublik Deutschland.

Gegenstrategien: Unter dem Titel Gegenstrategien geben wir Anregungen für den Kampf gegen Neofaschismus. Unterschiedliche Möglichkeiten des Engagements werden dargestellt und für Toleranz und Zusammenarbeit geworben.

1.11. - 26.11.2010 Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland"

Montag bis Freitags 9 – 21 Uhr zugänglich im TU-Hauptgebäude, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin (Lichthof Galerie II)

Vernissage: 1.11.2010, 18 Uhr

Veranstaltungen: 1.,8.,15.,22.11 (jeden Montag) 18 Uhr, Veranstaltung zu unterschiedlichen Aspekten der Ausstellung (Programm und Orte unter www. asta.tu-berlin.de)

Finissage: 26.11., 18 Uhr



Außerhalb der Mensa preisgünstiges Essen zu bekommen wird in Berlin immer schwerer. Hier eine Auswahl regelmäßiger VoKüs (VolxKüche), die gutes Essen und Unterhaltung gegen geringe Spende bieten.

Montag

Rote Insel, Mansteinstr. 10, 10783, 19 Uhr New Yorck 59 (im Bethanien), Mariannenplatz 2, 10999, 20 Uhr

Köpi, Köpenicker Str. 137, 10179, 20 Uhr Drugstore, Potsdamer Strasse 180, 10827, 20 Uhr Kreutziger 19, Kreutzigerstr. 19, 10247, 20 Uhr

Dienstag

Fischladen, Rigaerstr. 83, 10247, 20 Uhr Thommy-Weißbecker-Haus, Wilhelmstr. 9, 10963, 18 Uhr

Köpi, Köpenicker Str. 137, 10179, 20 Uhr XB-Liebig, Liebigstr. 34, 10247, 21 Uhr

Mittwoch

Fischladen, Rigaerstr. 83, 10247, 20 Uhr Projektraum, Hermannstr. 48, 12049, 19 Uhr Rauchhaus, Mariannenplatz 1A, 10997, 19 Uhr Subversiv, Brunnenstr. 7 HH, 10119, 20 Uhr Supamolly, Jessnerstr. 41, 10247, 20 Uhr Schreina47, Schreinerstr. 47, 10245, 20 Uhr Kadterschmiede, Rigaer Str. 94, 10245, 21 Uhr Vetomat, Scharnweberstr. 35, 10247, 21 Uhr X-B-Liebig, Liebigstr. 34, 10247, 23 Uhr

Donnerstag

Fischladen, Rigaerstr. 83, 10247, 20 Uhr Lunte, Weisestr. 53, 20 Uhr Brunnenstr. 183, 10119, 20 Uhr Kreutziger 19, Kreutzigerstr. 19, 10247, 20 Uhr KvU, Kremmener Str. 9-11, 10435, 20 Uhr Schreina47, Schreinerstr. 47, 10245, 20 Uhr Bödiker, Bödikerstr. 9, 2. HH, 10245, 21 Uhr La Casa, Wurzener Str. 6, 12627, 21 Uhr

Freitag

Fischladen, Rigaerstr. 83, 10247, 20 Uhr Bandito Rosso, Lottumstr. 10a, 10119, 20 Uhr jeden 2.+4. Fr Drei-Gänge-Menü Lunte, Weisestr. 53, 20 Uhr Subversiv, Brunnenstr. 7 HH, 10119, 20 Uhr Rote Insel, Mannsteinstr. 10, 10783, 21 Uhr

Samstag

Fischladen, Rigaerstr. 83, 10247, 20 Uhr

Sonntag

Schreina47, Schreinerstr. 47, 10245, 12 Uhr Checkpoint Scharni, Scharnweberstr. 29, 10247, 13 Uhr, jeden 2.+4. Sonntag KvU, Kremmener Str. 9-11, 10435, 13 Uhr Frühstück Projektraum, Hermannstr. 48, 12049, 13 Uhr Sonntagsbrunch

Scherer 8, Schererstr 8, 13347, 13 Uhr Brunch Fischladen, Rigaerstr. 83, 10247, 20 Uhr Zielona Gora, Grünbergerstr. 73, 19:09 Uhr Subversiv, Brunnenstr. 7 HH, 10119, 20 Uhr

aktuelle Zeiten unter

stressfaktor.squat.net





Unitelefonnummern

vom Behördennetz 99411- | vom Berliner Ortsnetz 314- | TU-interne Auskunft wähle die 8

AStA TU-Berlin		i-café	-73595
Büro	-25683	Ginut (Krit. Umweltschutz)	-29454
Bafög-und Sozialberatung	-23960	KW-INI	-28954
AusländerInnenberatung	-23960	Mathe-INI	-21097
Finanzreferat	-27806	Nullstelle	-29390
Referate	-21041	Physik-INI	-22070
Autonome Referate	-25254	PlanWirtschaft	-28056
Koordinationsbüro	-22989	Projektrat	-28057
Semesterticketbüro	-28038	Projektwerkstätten TU	-73396
		UTEX	-25803
Studentische Räume &		Shila	-26369
Initiativen an der TU		Sinibl	-79353
Atomic	-21409	[suboptimal]	-26953
Café A	-21807	ZAK	-21805
Chemie-INI	-26171		
EB 104	-24423	Immatrikulations-Amt	
Energieseminar	-25280	Biotech, (Lebensmittel-) C	hemie,
Fachschaft Bauing	-72083	Lehrämter Stadt/Regionalplanung,	
Fachschaft Plangrün	-22439	Tech. Umweltschutz	-21054
Fachschaftsteam	-29442	Baulng., BWL, EVT, E-Te	chnik,
Freitagsrunde	-21386	Deutschkurs, Studienkolle	eg

-21055
Soziologie, Medienberatung, Berufspädagogik, Psychologie -21056
Physik, PI, VWL, MaschBau,
Promotion Infotech-Maschwesen, Zusatzstudium -21057
Architektur, Gebäudetechnik, Geowissenschaft, Informatik, LaPla,
(Techno/Wirtschafts-)Mathe, Tech.
Informatik, Verkehrswesen -21058

Prüfungsamt

Architektur, Gebäudetechnik, Informatik, Mathe, Technische Informatik -22559 Baulng, PI, BWL, Geo, Infotech-Maschwesen, VWL, Wilng -24971 EVT, Erziehungsw., Lehrämter, Medienberatung, Stadt- und Regionalplanung -22513 Biotech., Brautech., E-Tech., Lebensmittel-Tech., Getränke-Tech, Hüttenw, Maschbau, Werkstoffwi.

-24992

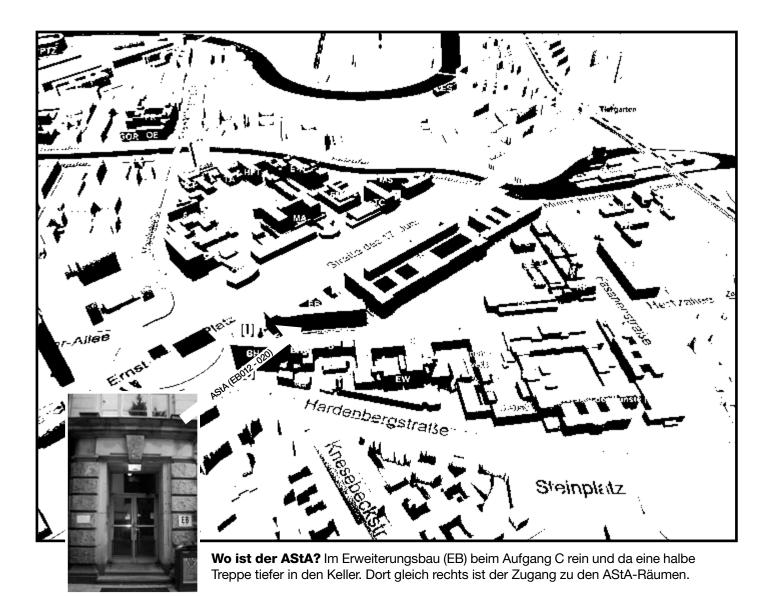
Physik, Soziologie, Tech. Umweltschutz, Techno/Wirtschaftsmathe, Verkehrwesen, Vermessungsw. Berufspäd, (Lebensmittel-) Chemie, La-Pla, Magister, Psycho -22509

Sonstige

Allgemeine Studienberatung -25606

Akademisches Auslandsamt -24694 Betreuung inter. Studierender -24359 Zentrale Frauenbeauftragte

-26032/-21439/-73468 Personalrat d. student. Beschäftigten der TU -21724/-22351



Öffnungszeiten, Events, Tipps und Trix des Allgemeinen Studierendenausschuß unter:

www.asta.tu-berlin.de



TERMINE WISE 2010

01.10.2010 | 17 Uhr | HFT Gebäude

TU-Umsonstlädin feiert > ula.blogsport.de

18.10. bis 22.10.2010 | je 10 -14 Uhr | vor TU-Hauptgebäude Kritischer Infostand

18.10.2010 | 10 bis 14 Uhr | vor TU-Hauptgebäude

Fotoprojekt: Setz dich (r)ein für deine Interessen

19.10.2010 | 14 Uhr | AStA EB013

Semesteranfangsbrunch der AStA-Referate für Queers und Frauen

22.10.2010 | 21 Uhr | EB 226

Erstsemesterparty des EB104

27.10.2010 | 16 Uhr | vor TU-Haupgebäude

Kritischer Unirundgang der Linken Liste

01.11. - 26.11.2010 | TU-Haupgebäude Lichthof Galerie II

Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland"

01.11.2010 | 18 Uhr | TU-Haupgebäude Lichthof Galerie II

Vernisage Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland" Danach Veranstaltung zur Ausstellung

02.11.2010 | 14 bis 16 Uhr | Ort: asta.tu-berlin.de

Vollversammlungen zur Wahl der Autonomen Referat Frauen (14 Uhr) / Queer (15 Uhr) / AusländerInnen (16 Uhr)

03.11.2010 | Sitzung des Studierendenparlaments

Ankündigung > www.stupa.tu-berlin.de

04.11.2010 | 18 Uhr | Zwille

Alternatives Leben auf dem Campus: Initiativen stellen sich vor

08.11.2010 | 18 Uhr | Ort: asta.tu-berlin.de

Veranstaltung zur Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland"

11.11.2010 | 18 Uhr | Zwille

Planungstreffen der LiLi fürs Wintersemester lilitu.blogsport.de

15.11.2010 | 18 Uhr | Ort: asta.tu-berlin.de

Veranstaltung zur Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland"

22.11. 2010 | 18 Uhr | Ort: asta.tu-berlin.de

Veranstaltung zur Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland"

26.11.2010 | 18 Uhr | TU-Haupgebäude Lichthof Galerie II

Finissage Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland"

26.-28.11.2010 | 18 Uhr | TU-Hauptgebäude Audimax H 105

Antikriegskongress an der TU > Achtet auf Ankündigungen

"Giftgrüner Blitz- und Donnerstag"

Jeden Donnerstag ab 17 Uhr VoKü und ab 18 Uhr Veranstaltungen zu verschiedenen Themen und anschließendem Soli-Tresen in der "Zwille" (Z-Gebäude) **WWW.ZWIIE.OFG**

AStA TU-Berlin

Straße des 17. Juni 145, 10623 Berlin | EB012 - 020 Aktuelle Öffnungszeiten unter asta.tu-berlin.de

Büro-Anlaufpunkt-Koordination

Tel. 314-25683 > buero@asta.tu-berlin.de

Bafög- und Sozialberatung

Tel. 314-23960 > sozialberatung@asta.tu-berlin.de

Hochschulberatung

Tel. 314-23960 > hochschulberatung@asta.tu-berlin.de

AusländerInnenberatung

Tel. 314-23960 > a-beratung@asta.tu-berlin.de

Finanzreferat

Tel. 314-27806 > finanzreferat@asta.tu-berlin.de &

Semesterticket-Büro

TU-Hauptgebäude, Räume H 2131-33 Tel. 314-28038 & www.tu-berlin.de/stb

Koordinationsbüro

TU-Hauptgebäude, Raum H 2129 Beglaubigungen, ISIC-Ausweis, Beratung Tel. 314-22989 > ko-buero@asta.tu-berlin.de

AStA-Plenum (Entscheidungsgremium) Einmal die Woche im EB020

Referate

Alle Referate bieten Sprechzeiten an. Bitte informiert euch unter asta.tu-berlin.de

Sozialreferat

> sozialpolitik@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Presse- und Öffentlichkeitsreferat

> presse@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Hochschulpolitikreferat

> hopo@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

INI-Koordination und ErstsemesterInnen

> iniko@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Gesellschafts- und Kulturkritik

> geku_kri@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Bildungspolitikreferat

> bipo@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Wissenschafts- und Technikkritik

> witek@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Umwelt-Referat

> umwelt@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Frauen-Referat

> frauenreferat@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-25254

Queer-Referat myspace.com/queertu

> queer@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-25254

AusländerInnen-Referat

> auslaenderinnen@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-25254

Impressum

Das AStA-Info wird herausgegeben vom Allgemeinen Studierendenausschuß (AStA) an der Technischen Universität Berlin, Straße des 17. Juni 145, 10623 Berlin | Sek. EB020 | Mail erreichbar: presse@asta.tuberlin.de | Webadresse: www.asta.tu-berlin.de Die Artikel geben nicht zwingend die Meinung des AStA wieder. Die Bildrechte verbleiben bei den FotografInnen.

Wenn Ihr **Artikel für das AStA-Info schreiben wollt!**, Anregungen und Kritik habt, meldet euch beim Öffentlichkeitsreferat des AStA: presse@asta.tu-berlin.de